

# **Rangsdorf und Groß Machnow**

## **in der Mark Brandenburg**

**Ein historischer Überblick**

**Von Prof. Dr. Gerhart Hass**

*Rangsdorf 2003*

*Teil I :*

*Von der Frühzeit bis zum Entstehen des  
Königreichs Preußen im Jahre 1701*

1. Frühgeschichtliche Funde in Rangsdorf und Großmachnow .....	2
2. Rangsdorf in der Herrschaft Zossen .....	8
3. Das Fischerdorf am Rangsdorfer See .....	11
4. Berliner Patritzier – Lehnsherrn von Rangsdorf und Groß Machnow .....	16
5. Die Gutsherrschaft in Brandenburg .....	20
6. Brandenburg in der Reformationszeit .....	25
7. Die Fehde des Hans Kohlhasse und ihre Auswirkungen im Raum Groß Machnow – Mittenwalde – Zossen .....	29
8. Der Dreißigjährige Krieg .....	37
9. Brandenburg wird Zentralprovinz des Königreiches Preußen (1648 – 1701) .....	45
10. Literaturhinweise .....	53

*Kontakt: Fichtestraße 4, 15834 Rangsdorf, Tel. 033708 20523 – E-Mail: [Prof.Hass@t-online.de](mailto:Prof.Hass@t-online.de)*

Ein Versuch, die Geschichte von Rangsdorf und Groß Machnow sowie deren Beziehungen zu den Nachbarorten in der Region und dem Staat Kur und Mark Brandenburg darzustellen, wirft zuerst die Frage nach dem Territorium auf, über das berichtet werden soll. Die Tatsache, dass die Grenzen der heutigen Gemeinden erst seit dem Jahre 1939 bestehen, macht die Antwort nicht leichter. Anfang 1933 waren alle verfassungsgemäß gewählten Organe von der Hitlerdiktatur entmachtet worden, weshalb die Bürger nicht mehr selbst über ihre Territorien bestimmen konnten. An die Stelle eines Bürgerentscheids erließ der Regierungspräsident in Potsdam zum 1. April 1939 einen „Ausspruch“, der die Eingemeindung der „Siedlung Groß Machnow“ in die Gemeinde Rangsdorf verfügte. Dadurch kam ein zwischen dem Grenzweg und der Reichsstraße 96 (heute Bundesstraße) gelegenes Territorium zu Rangsdorf. Es war nach dem Ersten Weltkrieg durch Verkauf und Parzellierung von Waldgebieten des Gutes Groß Machnow entstanden und hatte die Größe von 327 Hektar 53 Ar und 89 m<sup>2</sup> (1 ha = 10 000 m<sup>2</sup> = 100 Ar). Groß Machnow, dem mit 2166 ha - bis zur Ausgliederung des 214 ha großen Gutsbezirks Boddinsfelde (nach dem Besitzer, dem Rixdorfer Bürgermeister Boddin benannt) - jahrhundertlang größten Dorf des Teltow, verblieben 1623 ha. Das Territorium Rangsdorfs wuchs von 968 ha auf 1296 ha. Schon diese Tatsache bedingt, dass beim Betrachten der Rangsdorfer Vergangenheit der Blick über das „eigene“ Territorium hinaus auf die gesamte Region gerichtet sein sollte, besonders auf die unmittelbaren Nachbarn Groß Machnow und Klein Kienitz. Schließlich gebietet dies die umstrittene Reform der Gemeindegebiete des Jahres 2003, die diese drei Orte in einer Großgemeinde vereinen soll.

Da die Geschichte einzelner Orte nicht losgelöst von dem größeren Raum, in dem sie liegen und dem Staat begreifbar ist, der die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Politik bestimmt, wird das jeweilige Geschehen im Lande Brandenburg im notwendige Masse die Schilderung der Zeitläufe in Rangsdorf und Groß Machnow umrahmen.

Beide Orte datieren wie die meisten Nachbargemeinden ihre Existenz nach der ersten bekannt gewordenen schriftlichen Nennung ihrer Ortsnamen. Häufig handelt es sich dabei um das Brandenburgische Landbuch Kaiser Karls IV. aus dem Jahre 1375. Dieser Herrscher, böhmischer König und deutscher Kaiser aus

dem Geschlecht der Luxemburger, der von 1346 bis 1378 von Prag aus das damalige „Heilige Römische Reich“ regierte, veranlasste, ein Verzeichnis der Orte der Mark Brandenburg anzulegen. Es war eine Art Grundbuch, bei der gleichzeitig die Abgabenverpflichtungen der Bauernwirtschaften (im Teltow 81,7 % aller Erzeuger landwirtschaftlicher Waren) an die Feudal- und anderen Lehnsherren, häufig Berliner Patrizier, sowie die Verpflichtungen der ritterlichen Eigenwirtschaften gegenüber dem Landesherrn festgehalten wurden. Die Aufzeichnungen über die von den Hünern, Kossäten, Müllern, Krügern usw. zu erbringenden Leistungen und die Rentenbezüge märkischer Städtebürger aus der Anlage von Handelskapital in Grundrenten gaben den kaiserlichen Beamten Kenntnis von den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem „Besitz“ des Kaisers, den er als „Lehen“, d.h. gegen Dienst- und Geldleistungen, an die Feudalherren vergeben hatte. Der Zeitpunkt für den Auftrag, das Landbuch anzufertigen, hing damit zusammen, dass Kaiser Karl IV. im August 1373 im „Vertrag von Fürstenwalde“ die Mark Brandenburg für 500 000 Gulden vom Markgrafen Otto aus dem bayrischen Herrscherhaus der Wittelsbacher gekauft und sie seinem Sohn Sigismund übergeben hatte. Die Wittelsbacher, die im Jahre 1180 vom Kaiser mit Bayern belehnt worden waren und dort bis 1918 regierten, herrschten in der Mark Brandenburg seit dem Aussterben der Askanier von 1320 bis 1411.

### **1. Frühgeschichtliche Funde in Rangsdorf und Groß Machnow**

Lange vor der ersten urkundlich bekannt gewordenen schriftlichen Erwähnung der Orte des Teltow gab es die meisten von ihnen oft schon Jahrhunderte. Als etwa zehntausend Jahre vor unserer Zeitrechnung (v.u.Z.) die Gletscher der letzten Eiszeit schmolzen und die Landschaft unserer Region zwischen dem Berliner und dem Baruther Urstromtal entstand, bildeten sich günstige Bedingungen für das Leben von Menschen heraus. Zufällige Funde bei Feld- und Bauarbeiten, aber auch gezielte Ausgrabungen, haben steinzeitliche Pfeil-, Speer- und Harpunenspitzen, Feuersteinklingen, ein Walzenbeil, eine 14,5 kg schwere Felsgesteinaxt, zahlreiche Keramikgefäße und -scherben, bronze- und früheisenzeitliche Werkzeuge und Angelhaken zutage gefördert. Dabei gibt es eine Konzentration der Funde am Ost- und Westufer des Rangsdorfer Sees, am

Rangsdorfer Weinberg / Römerschanze, nordwestlich des einstigen Machnower Sees und um den ehemaligen Weinberg im Raum Finkenweg-Akazienhain-Winterfeldallee (südlich der Großmachnower Allee) - Zabelsberg. Gezielte Grabungen am Rangsdorfer See brachten 1939 Erkenntnisse über mindestens 35 Siedlungsplätze mit zwei mal drei Meter großen Hütten und Gehöften mit Herden und Abfallgruben aus der Steinzeit. Eine Sensation war das Auffinden und Bergen eines 5,20 m langen, etwa 3000 Jahre alten Einbaums aus einer ausgehöhlten und angespitzten Eiche im westlichen (Jühnsdorfer) Uferbereich des Rangsdorfer Sees am 2. Juli 1877 durch den Landwirt C. Sonnenberg, der den Sammlungen des Märkischen Museums in Berlin übergeben wurde. Andere Berichte vermelden, dass schon 1875 der Rangsdorfer Fischer Friedrich Bobzien einen Baumstamm aus dem Morast des Röhrichts barg, der sich beim Reinigen als ausgehöhlter Stamm erwies, der ebenfalls im Märkischen Museum in Berlin landete.

Auch am Groß Machnower Weinberg, an der Straße nach Mittenwalde gelegen und mit 76,5 m über NN die höchste Erhebung unseres Gebiets, brachten Ausgrabungen unter der Leitung von Dr. Albert Kiekebusch vom Märkischen Museum im Oktober 1925 sensationelle Funde. Insbesondere wurden auf einer Begräbnisstätte in einer Urne erstmals in Deutschland eiserne Randbeschläge eines viereckigen Schildes aus dem 3. oder 2. Jh. v.u.Z. entdeckt. Bei Grabungen der Gesellschaft für Archäologische Denkmalpflege e.V. im Jahre 1998 fand man in der Nähe der Fundstelle von 1925 neben einem Wohn- auch einen Handwerkerbereich mit Töpferöfen, Belege für die Metallverarbeitung und Gerberei sowie eine Begräbnisstätte mit in Brandenburg seltenen Körpergräbern und relativ gut erhaltenen Skeletten mit Grabbeigaben wie Gewandnadeln, Keramikgefäßen, Schmuckketten, Glasperlen u.s.w. aus dem 4. bis 5. Jh. u.Z. In den 90er Jahren des 20. Jh. haben Funde auf einem Feld vor Klein Kienitz neben Scherben von Tongefäßen, Haustierknochen, Bodenverfärbungen von Bauten und Feuerstellen, auch eine Eisennadel aus den letzten Jahrhunderten v.u.Z. zutage gefördert.

Diese Fundstücke beweisen, dass im Raum Rangsdorf - Groß Machnow - Klein Kienitz seit etwa 8000 Jahren v.u.Z. Menschen leben. Von der Mittel-

und Jungsteinzeit, der Bronze- und beginnenden Eisenzeit an betrieben sie Fischfang und Jagd, seit etwa 3000 Jahren v.u.Z. auch Ackerbau. Weizen, Gerste, Hirse und Lein wurden gesät und geerntet, nachdem vorher Waldstücke gerodet waren. Mit der Zucht von Rindern, Ziegen, Schafen, Schweinen und Pferden begann auch die Viehwirtschaft.

Jahrtausende vor und zu Beginn unserer Zeitrechnung gehörten diese Menschen zu germanischen Stämmen, zur sogenannten Odergruppe, beziehungsweise den Elbgermanen. Vor allem Semnonen, Sueben und Burgunder lebten lange in unserer Region. Das Vorrücken asiatischer Stämme, der Hunnen, Awaren und anderer nach Westen bewirkte seit dem 2. Jh. v. u. Z. eine große Völkerwanderung. In deren Verlauf verließen bis zur zweiten Hälfte des 4. Jh. u.Z. die germanischen Stämme den Raum östlich von Elbe und Saale. Von Osten und Südosten wanderten bis zum Ende des 8. Jh. westslawische Stämme ein, die zur Gruppe der Elbslawen gezählt werden. Zwischen Elbe und Oder siedelten sich im heutigen Brandenburger Raum die Heveller mit der Hauptburg Brandenburg und die Sprewanen mit dem Hauptsitz auf der Wasserburg Copnic (Köpenick) an, deren Namen sich von Zpriau = Spree ableitet, die auch unter der Bezeichnung Zpriauuani oder Zpriavani bekannt sind. Sie schlossen sich mit den Lutizen (Wilzen) in der Nordmark, den Lusizi (auch Liutizi oder Lausitzern) und den Sorben in der Mark Lausitz zu einer Stammesvereinigung zusammen. Aus dieser ging im Kampf gegen die deutsche Ostexpansion im 10. Jh. der Lutizenbund hervor.

Für das Gebiet Teltow-Fläming ist eine territoriale Zuordnung der Einwanderer schwierig. Aus den Quellen geht hervor, dass sie vor allem zu den Sprewanen und Lausitzern gehörten. Oft taucht für die lausitzer und sorbischen Stämme auch die Bezeichnung „Wenden“ auf. Sie ließen sich vorwiegend entlang der Flüsse, Bäche und Seen nieder, wo sie Wasser für das Vieh fanden, Fische angelten, an den Ufern die Wälder rodeten und Ackerbau betrieben. Die dichten Waldgebiete des Teltow und des Fläming wurden zunächst kaum besiedelt. Kleinste gesellschaftliche Einheiten waren Burgbezirke und mehrere von diesen bildeten einen Kleinstamm oder Stamm.

Die weitere staatliche Entwicklung der slawischen Stämme zwischen Elbe und Oder unterbrach der Konflikt mit den an den West- und Südgrenzen der

slawischen Gebiete zunehmend erstarkenden deutschen Landesherrschaften, vor allem dem Herzogtum Sachsen, das von der Nordsee bis Böhmen reichte. Die deutschen weltlichen und geistlichen Fürsten expandierten nach Osten, eroberten im Verlaufe von drei Jahrhunderten die Gebiete zwischen Elbe und Oder, drangen bis zur Warthe sowie entlang der Ostsee nach Pommern, West- und Ostpreussen sowie in Teile des Baltikums vor. Diese Eroberungen gingen einher mit der zumeist gewaltsamen, manchmal auch durch Heiraten herbeigeführten Christianisierung der slawischen Stämme. Unter den deutschen Kaisern Heinrich I. (919-936) und Otto I. - der „Große“ (936-973) - kam es in den Jahren 928-929 zu Heereszügen gegen die im Havelgebiet siedelnden Heveller, wobei der Burgbezirk Brandenburg erobert wurde. Im Jahre 932 zog ein Heer Heinrichs I. gegen die Lausitz, die ihm danach Tribute zahlen musste. Unter Otto I. erfolgte in mehreren Feldzügen die Eroberung des Raums zwischen Elbe und Oder. Zumeist wird das Jahr 937 als Datum für die Christianisierung der „heidnischen“, d.h. ursprünglichen religiösen Kulte anhängenden Slawen genannt. Diese ließen die Eroberung jedoch nicht freiwillig geschehen, sondern wehrten sich.

Im Jahre 955 begann ein Aufstand der Obodriten und Wilzen im Norden Brandenburgs und in Teilen Mecklenburgs, der von einem deutschen Heer niedergeschlagen wurde. Im sogenannten Slawen- oder Lutizenaufstand des Jahres 983 wurden dann jedoch viele deutsche Adlige und Geistliche erschlagen oder vertrieben, die Bischofssitze und Zentren der christlichen Missionierung in Brandenburg und Havelberg zerstört. In einer Schlacht bei Stendal stoppte ein deutsches Feudalheer jedoch das weitere Vordringen der slawischen Aufständischen nach Westen. Im Ergebnis des Aufstands sicherten sich bis etwa 1230 die slawischen Stämme im Raum des Teltow und den südlich davon gelegenen Gebieten östlich der Elbe eine weitreichende politische und staatliche Unabhängigkeit. Dennoch kam die Christianisierung voran. So trat der polnische Fürst Mieszko I., der auch über die Stämme zwischen Warthe und Oder gebot, und dem die slawischen Fürsten im Spree- und Lausitzgebiet einschließlich der Herrschaft Copnic (dem heutigen Berlin-Köpenick) tributpflichtig waren, im Jahre 966 zum Christentum über und errichtete in Posen ein Missionsbistum. Den zumeist noch heidnischen Bewohnern Brandenburgs

standen dadurch die sogar mehrfach miteinander verbündeten christlichen deutschen (sächsischen) sowie polnischen und pommerschen Fürstenheere gegenüber. Der Adel der slawischen Stämme im Gebiet zwischen Elbe und Oder folgte allmählich dem Beispiel Mieszkos I. und nahm im Laufe des 11. und 12. Jh. das Christentum an. Zwischen 1124 und 1129 erreichte die Missionierung unter Bischof Otto von Bamberg, der den Beinamen „Slawenapostel“ erhielt, ihren Höhepunkt. Dennoch hielt der Widerstand gegen die Christianisierung an. Deutsch-sächsische, dänische und polnisch-pommersche Heere unternahmen daher 1147 den „Wendekreuzzug“ in das Gebiet der Obodriten und Lutizen, der aber nicht den erhofften Erfolg brachte.

Die Unterwerfung und Bekehrung der Slawen zwischen Elbe und Oder gelang erst ein Jahrzehnt später, als deutsche Fürsten als Lehnsleute des Kaisers mit ihren Heeren von Westen und Südwesten vordrangen. Im Jahre 1123 war Konrad von Wettin, so genannt nach der nördlich von Halle gelegenen Burg, von Herzog Lothar von Sachsen aus dem Hause Supplinburg (von 1125 bis 1137 als Lothar III. deutscher Kaiser), mit der Mark Meißen und 1136 mit der Lausitz belehnt worden. Zur selben Zeit wurde 1134 Albrecht der Bär, Graf von Ballenstedt und Anhalt aus dem Geschlecht der Askanier, als Markgraf mit der sächsischen „Nordmark“ und 1138 von Konrad III. (deutscher König, aber nicht Kaiser, aus dem Geschlecht der Staufer von 1138 bis 1152) mit dem Herzogtum Sachsen belehnt. Zwischen Wettinern und Askaniern, aber auch den Erzbischöfen von Magdeburg begann ein Konkurrenzkampf um die Eroberung Brandenburgs. Während die askanischen Markgrafen von Norden und Westen in das Gebiet einrückten, zogen die Wettiner von Süden und die Magdeburger von Südwesten in die schwach besiedelten slawischen Gebiete östlich der Elbe.

Das Heer Albrechts des Bären eroberte 1136 die Prignitz. Zur selben Zeit verbündete sich Albrecht mit Pribislaw, dem letzten slawischen Hevellerfürsten. Dieser trat unter dem Namen Heinrich mit seiner Frau zum Christentum über. Das kinderlose Fürstenpaar schenkte zuerst Albrechts Sohn Otto das Gebiet Zauche und vererbte 1150 das gesamte Fürstentum an Albrecht. Als sich Fürst Jaczo (Jaxa) von Copnic (Köpenick) der Vorherrschaft Albrechts widersetzte und mit Hilfe polnischer Truppen die Burg Brandenburg

einnahm, zogen Albrecht der Bär und Erzbischof Wichmann von Magdeburg 1157 mit einem Heer gegen Jaxa, der alle Eroberungen verlor und auf die Herrschaft Köpenick beschränkt blieb. Die Askanier nannten sich seit dem Jahre 1157 „Markgrafen von Brandenburg“. Der Niedergang des slawisch-polnischen Einflusses stärkte wieder die deutsche Lehnshoheit in der Lausitz. Dazu trug auch bei, dass Herzog Boleslaw von Schlesien im Jahre 1175 das ehemals im Besitz polnischer Territorialherren befindliche Benediktinerkloster Lebus den seit 1132 in Pforta bei Naumburg ansässigen Zisterziensermönchen übereignete. Dieser Orden, der über 600 Klöster in ganz Europa errichtete, gründete nach der Niederschlagung der Slawenaufstände die Klöster Zinna bei Jüterbog (1170), Dobrilugk (Doberlug - 1165) und Lehnin (1180), die bei der Urbarmachung und Besiedlung des Gebiets von großer Bedeutung waren. Als Folge der Unterwerfung der slawischen Gebiete wurde deren Bevölkerung „dienstpflichtig“ gegenüber den neuen Herren. Das angeblich niemanden gehörende Land, das nun als Eigentum des Kaisers galt, wurde in dessen Auftrag vom Markgrafen und anderen Feudalherren den Bauern als Lehen zugeteilt, wofür sie an diese Abgaben zu entrichten hatten, die auf die einzelnen Höfe und Landflächen umgelegt wurden.

Brandenburg war ein dünn besiedeltes Land, weshalb die Askanier und die Klöster etwa ab 1150 zur Rodung der Wälder für landwirtschaftliche Nutzungen aus den Gebieten westlich der Elbe und Saale Kolonisten, zumeist landlose Bauern, anwarben. Darunter befanden sich Menschen aus dem Herrschaftsbereich der Askanier im Vorharz, ebenso vom Niederrhein, aus Friesland, dem Herzogtum Sachsen (das in etwa dem heutigen Bundesland Niedersachsen entsprach), aber auch viele Siedler aus den Niederlanden, vor allem Brabanter, Flamen und Seeländer.

Diese bereits länger christianisierten Kolonisten herrschten bald vor. Häufig mussten die slawischen Einwohner die Burgbezirke und Städte verlassen. Sie konnten sich zumeist in der Nähe niederlassen, häufig an Stellen, die zum Fischfang geeignet waren. Diese Fischersiedlungen hießen slawisch „kieszna“, woraus vermutlich, zum Beispiel in Zossen, als „Kietz“ bezeichnete Ortsteile entstanden. Über den langwierigen Prozess der Verschmelzung von Kolonisten und slawischen Einwohnern schrieb Prof. Willy Spatz, Verfasser einer

dreibändigen „Geschichte des Teltow“ im Jahre 1912: „Die an Zahl sehr geringen Slawen, die bis zum 13. Jh. die unbestrittenen Herren des Teltow waren, ließen sich von den mit gewaltiger Übermacht vordringenden Deutschen in ihre Siedlungen an Sumpf und Wasser bei Seite schieben, wo sie unbehelligt, freilich auch wenig geachtet, weiter lebten.“

Die etwa drei Jahrhunderte der Eroberung der Mark waren keine friedlichen Zeiten. Heerscharen, die gewaltsam die christliche Religion und die deutsche Herrschaft brachten und Verteidiger der „heidnischen“ Religionen und slawischen Bräuche durchzogen abwechselnd das Land, brandschatzten, vernichteten Ernten, zwangen die jungen Männer zum Kriegsdienst, raubten, drangsalierten die Alten und schändeten die Frauen.

## **2. Rangsdorf in der Herrschaft Zossen**

Zu dieser Zeit gehörte der Teltow noch nicht zur Mark Brandenburg, deren Südgrenze gegenüber den Herrschaftsgebieten des Magdeburger Erzbistums, dem Herzogtum Sachsen und der Mark Lausitz, beide von Fürsten aus dem Geschlecht der Wettiner beherrscht, verlief etwa von der Nuthe bei Saarmund entlang des Nuthegrabens bis Wendisch (Märkisch) Wilmersdorf, dann entlang des Nottefließes bei Zossen, Mittenwalde und Wendisch (Königs) Wusterhausen. Erst 1230 kamen weitere Teile des Teltow sowie 1240 das Spreegebiet mit Köpenick und die Stadt Mittenwalde zum brandenburgischen Staat der Askanier. Dahlewitz gehörte zu Wendisch (Königs) Wusterhausen.

Im Prozess des Werdens der Mark Brandenburg nahm das Zossener Gebiet, an dessen äußerstem Nordrand Rangsdorf lag, bis zum Beginn des 15. Jh. eine besondere Stellung ein. Lange war Zossen - nach einer lockeren Zugehörigkeit zu der um 930 von König Heinrich I., dem „Vogelsteller“ und sächsischen Herzog, gegründeten „Ostmark“ - Bestandteil des bedeutenden Fürstentums Niederlausitz, wie auch seine Nachbarn, Köpenick, das auch Mittenwalde einschloss, und das Schenkenländchen mit der Burg Teupitz und Wendisch Wusterhausen. Als festes Hinterland dieser letzten slawischen Vorposten westlich der Oder existierte das Lebuser Land, das zeitweilig zum polnischen Feudalstaat gehörte, dessen Herrscher Mieszko I. schon seit dem Jahre 966 zum römisch-katholischen Christentum bekehrt war. Das Bistum Lebus war

von Posen aus errichtet worden und Lebus erhielt 1226 vom polnischen Herrscher das Stadtrecht. Ein Hinweis aus dem Jahre 965, wonach Zossen eine Parochie oder Präpositur in der Lausitz war, lässt die Annahme zu, dass das Zossener Ländchen zu dieser Zeit, wie die meisten unter polnischer Oberhoheit stehenden Gebiete, zum ersten Mal christianisiert war. Infolge des Wiedererstarkens der slawischen Stämme und der Aufstände gegen die deutschen Kolonisatoren und Christianisierer trat jedoch ein rückläufiger Prozess ein. Vom 10. bis 11. Jh. war die Burg Zossen eine nach Norden durch Sumpf und Seengebiete abgeschirmte uneinnehmbare Festung an der Grenze zum Teltow. Sowohl die Anlage der Burg und des Orts Zossen sind typisch slawisch als auch der Ortsname. Mit großer Sicherheit stammt „Zossen“ von den slawischen Wörtern „sosna“ und „sosny“ ab, was Kiefer, beziehungsweise Ort im Kiefernwald bedeutet. Verwiesen sei auch darauf, dass viele Ortsnamen um Zossen auf slawische Ursprünge deuten. So lassen sich Dahlewitz auf „dolowica“ (kleines Tal), Groß Machnow (auch Magna Machenow und Alt Machnow genannt) auf den Begriff „machan“, der eine feuchte, nebelige Gegend bezeichnet, Glienick auf „glina“, das heißt lehmig, tonig, Ragow auf „rog“, eine Erhöhung, ein „Horn“ innerhalb einer Niederung usw. sprachlich auf slawische Ursprünge zurückführen. Das schließt keineswegs das Vorhandensein germanischer Siedlungen, deren Namen nicht überliefert sind, aus den Jahrhunderten vor der Einwanderung slawischer Stämme aus. Im Jahre 1124 fiel die Mark Lausitz zwar an den im Jahre 1100 geborenen Askanier Albrecht den Bären (1150-1170), der sie jedoch schon 1136 wieder an den Markgrafen von Meißen, Konrad von Wettin, abtrat. Der Streit um dieses Gebiet führte sogar zu kriegerischen Auseinandersetzungen, wobei 1244 die Truppen des Markgrafen Heinrich von Meißen von denen des brandenburgischen Markgrafen vor Mittenwalde geschlagen wurden, sich danach in die Burg Zossen zurückzogen und dort verteidigten.

Ende des 13. Jh. begann in Zossen die Herrschaft der aus dem niederen Adel stammenden Torgows. Nach einer sächsischen Chronik aus dem Jahre 1714 sollen die Torgows, nachdem sie 1297 ihre Besitzung Torgau an der Elbe in der Mark Meißen verloren hatten, in den Zossener Raum gekommen und die schon bestehende Burg und das „Schloss“ übernommen haben. Aus den Jahren

1349, 1355 und 1359 stammen Urkunden, in denen die Torgows als „Herren zu der Zcossen“ bezeichnet werden. Am 11. Februar 1359 wird die Belehnung eines Friedrich von Torgow mit „die Czossen, Hus und Stat, Lant und Lüte“ vom Kurfürsten Rudolf von Sachsen bestätigt. Als mit Friedrich, dem Burggrafen von Nürnberg, das Herrschergeschlecht der Zollern seit 1411 die Mark Brandenburg übernahm, hielten die Torgows zum brandenburgischen Kurfürsten, der den Herrn von Zossen, Hans von Torgow, zum Richter über den Anhänger der Quitzows, Werner von Holzendorf berief. Wann Zossen zum Markgrafentum Brandenburg kam, ist unsicher. Es gibt Dokumente, wonach das im Sommer 1490 war, andere nennen 1516 und Fischer schreibt in seiner 1785 publizierten „Beschreibung der Finanz- und Wirtschaftslage in den Städten Teltow, Zossen und Trebbin“, die Herrschaft Zossen sei erst im Jahre 1537 zur Mark gekommen. Wie die Ereignisse um die Jahrhundertwende zeigen, lag zwischen dem Kauf des Zossener Ländchens 1490 und dem tatsächlichen Besitz vermutlich ein 30jähriger Übergangsprozess.

Im Jahre 1462 bestätigte der Brandenburger Kurfürst den Torgows ihre „märkischen Besitzungen“ - die Dörfer Damsdorf (Ludwigsfelde), Genshagen, Kerzendorf, Löwenbruch, Klein-Beeren, Steglitz, Rangsdorf, Wierichsdorf sowie 4 Hufen in Groß Machnow, den Diedersdorfer Bruch und den See Velem (Rangsdorfer See). Zossen selbst und eine Reihe von Dörfern, die auch im Besitz der Torgows waren, gehörten immer noch zur Lausitz, die zu dieser Zeit unter dem Einfluss von König Matthias von Böhmen und Ungarn stand. Im Jahre 1478 verstarb, arg verschuldet Bernd von Torgow, der letzte dieses Geschlechts. Bis 1493 tobte zwischen König Matthias, den Wettinern in Sachsen und Meißen sowie ungarischen Truppen und dem brandenburger Kurfürsten der Streit um die südöstlichen Grenzgebiete einschließlich der Herrschaft Zossen. Dabei schlugen die Ungarn 1478 ein 600 Mann starkes Heer des Kurfürsten vor Mittenwalde und drangen bis in die Zauche vor. Nach Verhandlungen kaufte der Brandenburger 1490 für 16 000 Gulden Zossen. Mit weiteren 7 500 Gulden erwarb er auch noch Erbensprüche, die Ladislav von Sternberg, der Kanzler von König Matthias, erhob. Am Ende des Streits war 1516 Joachim I., Kurfürst von Brandenburg, Lehnsherr von Zossen, zu dem

auch Rangsdorf gehörte. Von nun an war das Ländchen und spätere Amt Zossen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts das südliche Grenzgebiet Brandenburg-Preußens gegenüber dem sächsisch-lausitzer Kurfürstentum und dem Erzbistum Magdeburg, zu dem das Gebiet Luckenwalde-Jüterbog gehörte.

### **3. Das Fischerdorf am Rangsdorfer See**

Alle Chronisten heben die „Überfülle von Seen“ im Zossener Ländchen hervor, als dessen Nordgrenze sie den einst wohl viel wasserreicheren Nottebruch und den Rangsdorfer See mit seinen vielen Zu- und Abflüssen bezeichnen. Spatz schreibt 1912: Einst widerstand dieser „noch viel schwerer als heute passierbare Geländestreifen allen Versuchen, die man von der Lausitz und Meißen her machte, erobernd nach Norden vorzudringen.“ In alten Karten und Dokumenten, so in einer für die Zossener Herren Hans und Bernd von Torgow 1462 vom brandenburgischen Kurfürsten Friedrich II. ausgestellten Besitzurkunde, wird als deren Eigentum ausdrücklich der Rangsdorfer See genannt, der als der „Velem“ - in anderen Dokumenten auch Vehlow, Vehlen, Vehling, Vehlingk Fehlen, Fehling, Fehlung, Fehelen und Wehling - bezeichnet wird. In diesem Begriff steckt die slawische Silbe „vel“, die „groß“ bedeutet. Immerhin ist auch heute noch, obwohl bedeutende Ufer Teile und der sich über kleine Seen und Morastgebiete anschließende Machnower See, ebenso wie der Prierowsee bei Zossen, verlandet sind, der Rangsdorfer See etwas größer als der 2,7 km<sup>2</sup> „Große Wannsee“ in Berlin. Da sich sowohl beim „Großen Wannsee“ als auch dem „Großen Müggelsee“ seit alters her die Bezeichnung „groß“ erhalten hat, scheint die Kennzeichnung des Rangsdorfer Sees als groß berechtigt. In einer Urkunde von 1644 wird auch die „Lancken“ als Zufluss genannt, deren Bezeichnung als „Krumme Lanke“ sich bis heute erhalten hat.

Über den Ursprung des Namens des Fischerdörfchens am Rangsdorfer See gibt es keine Klarheit. Im Landbuch Karls IV. vom Jahre 1375 wird es „Rangenstorff“ genannt, eine lange Zeit andauernde Schreibweise, wobei auch Rangenßdorff und Rangenstorpp anzutreffen sind. Nach einer früheren, aber sehr fraglichen Deutung soll der Name von einem Kolonisten „Ranke“ oder „Runge“ stammen. Die Erwägung, die slawische Silbe „ran“, die immer für die

Begriffe „früh“ und „vorzeiten“ steht, könnte auf die sehr lange Existenz einer verlorengegangenen slawischen Ortsbezeichnung für eine Siedlung von Fischern hindeuten, bedarf weiterer Nachforschungen. Die Bezeichnung „Dorf“ könnte einem einst mit „ran“ beginnenden Ortsnamen als eine nach der Ansiedlung deutscher Kolonisten für Neu- und Umbenennungen typische Endung hinzugefügt worden sein.

Alle Quellen und Chronisten sind sich einig, dass Rangsdorf im Jahre 1375 zur Herrschaft der Torgows in Zossen gehörte. Einkünfte bezogen diese aber aus Rangsdorf zu dieser Zeit nicht oder schon nicht mehr. Angefangen vom Landesfürsten bis zu den Burgherren herrschte Geldknappheit. So besorgte man sich dieses Geld in zunehmenden Maße bei Städten oder deren reichen Bürgern. Die Abgaben, die den Landesherren von den Dorfbewohnern in Naturalien oder Geld zuflossen, hatte dieser oft für jährliche Vorauszahlungen und andere Leistungen und Geldzahlungen an Ritter, Kleinadlige oder Städtebürger verpachtet, zu „Lehen“ gegeben.

Zu der Zeit, als die Existenz Rangsdorfs durch einige schriftliche Zeugnisse beweisbar ist, waren die wirtschaftlichen Verhältnisse in den deutschen Fürstentümern durch verschiedene Abhängigkeitsformen gekennzeichnet. Typisch war eine Art Oberherrschaft der Landesherren an Grund und Boden, die faktisch Eigentum des Landesherren waren. Kaiser, Könige und Fürsten hatten großen und kleinen Lokalherren Landesteile zu Lehen gegeben, wofür diese festgelegte Verpflichtungen gegenüber den obersten Fürsten eingingen. Bauern und Handwerker waren als unmittelbare Produzenten ebenfalls, wenn auch beschränkt, Besitz des jeweiligen Feudalherren. Die Produktionsweise brachte es jedoch mit sich, dass es für die Feudalherren, die durch Waren- und Geldleistungen Anteil an den Ergebnissen haben wollten, vorteilhafter war, den Bauern durch Pacht, Erbzins und andere ökonomische Beziehungen gewisse Eigentumsrechte zu gewähren. Viele Bauern bewirtschafteten ihren Landanteil als faktischen Besitz, der sich allerdings mehrfach durch neue Landverteilungen und Besitzordnungen veränderte. Für viele ihrer Stellung nach leibeigene und hörige Bauern bestand ihre Abhängigkeit im Ableisten von Feudalrenten: Den Frondiensten (Arbeitsrente), den Naturalabgaben (Produktenrente) und zunehmend den Geldrenten. Mit dem Anwachsen der gewerb-

lichen Produktion und der Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Handwerk kam es vom 11. Jahrhundert an zu Stadtgründungen. In der Nähe zu Rangsdorf waren es die Städte Mittenwalde, Trebbin und Zossen. Die Städtebürger erkämpften und erkaufte sich im Laufe der Zeit eine gewisse Selbstverwaltung, die Gerichts-, Wehr- und Finanzhoheit sowie Handelsrechte, insbesondere für Getreide und Bier, einschloss. Der Ausspruch „Stadtluft macht frei“ hat in dieser Entwicklung seinen Ursprung.

Der steigende Geldbedarf der feudalen Herren für Bauten von Schlössern und Kirchen, Repräsentation, Verwaltung, Heere und Kriegszüge veranlasste sie seit dem 12. Jahrhundert, Land ihrer eigenwirtschaftlichen Fronhöfe an Bauern abzugeben, und dafür prozentuale Anteile am Ernteertrag oder einen festen Zins, häufig in Geld, zu verlangen. Im Verlaufe dieser Entwicklung, verbunden mit einer allmählichen Ertragssteigerung infolge besserer und modernerer Bewirtschaftung und Geräte, erstarkte im Westen ein Teil der Bauern. Demgegenüber verlor ein anderer Teil seine Höfe und sank zur landarmen oder landlosen Dorfbevölkerung herab. Aus diesen Schichten rekrutierte sich der größte Teil der Kolonisten, die in die eroberten Gebiete zwischen Elbe und Oder zogen. Ihnen winkte für die schwere Arbeit beim Urbarmachen von Wäldern und Sümpfen, der Erweiterung der Anbauflächen usw. eine gewisse Besserstellung: Weitgehende Befreiung von Frondiensten, garantierte niedrige Abgaben, persönliche Freizügigkeit, Erbrecht und eine gewisse Selbstverwaltung. Die Produktionssteigerungen der Landwirtschaft brachten den Feudalherren letztendlich höhere Einnahmen.

Das war die Situation, als etwa in der Mitte des 14. Jahrhunderts Kolonisten aus dem Raum zwischen Elbe und Nordsee an den See nach **Rangsdorf** kamen. Sie sollen unter der Anleitung von vier Mönchen des seit 1180 existierenden Klosters Lehnin, aus Feldsteinen, zumeist Granitfindlingen, ähnlich der Wehrkirchen in Blankenfelde, Dahlewitz, Groß Machnow und Selchow die erste Kirche errichtet haben. Das war, wie in vielen anderen kleineren Orten eine einfache turmlose Saalkirche mit schießschartenartigen Fensterschlitzten. Diese Gebäude dienten neben den religiösen Zwecken der Dorfgemeinschaft als Treffpunkt und in Zeiten feindlicher Bedrohungen dem Schutz der Dorfbewohner. Wann die Kirche einen in Holzfachwerkbauweise

errichteten Turm bekommen hat, ist bisher nicht bekannt. Aus den Akten geht lediglich hervor, dass ein baufälliger Turm im Jahre 1769 für 190 Reichstaler erneuert worden ist. Nach anderen Angaben erfolgte die Erneuerung des Turmes im Jahre 1774. An der Kirche war der Friedhof, um den herum es schon damals eine Mauer aus Feldsteinen gab. Dieser wurde erst im Jahre 1908 geschlossen. In der Form eines Angerdorfs umgaben kleine Fachwerkhäuser die Kirche.

Seiner größeren Bedeutung entsprechend war die Kirche in Groß Machnow von Anfang an ein stattlicher Granitfindlingsbau mit einem rechteckigen Kirchenschiff sowie vermutlich von Anfang an einem festungsartigen Turm an seiner Westfront mit einem eineinhalb Meter dicken Feldsteingemäuer. Im frühen 16. Jh. wurde diesem wahrscheinlich anstelle eines einfachen Turmes eine Renaissancehaube aufgesetzt. In Kriegszeiten hat ein Türmer von dort aus die Umgebung beobachtet. Auch die Kirche von Klein-Kienitz existiert seit der deutschen Besiedlung und Christianisierung des Raums Teltow-Fläming.

Genau festzustellen, wie groß Rangsdorf ursprünglich war, ist schwierig. Im Jahre 1375 gab es nach dem Landbuch Karls IV. in Rangsdorf 25 abgabepflichtige Hufen. Unter Hufen verstand man den gesamten, mit einem bäuerlichen Hof verbundenen Grund und Boden. Die Größe einer Hufe war damals nicht einheitlich festgelegt, sondern wurde oft nach der unterschiedlichen Bodenqualität bemessen. Der Umfang schwankte zwischen 20 bis 60 Morgen, d.h. zwischen 5 und 15 Hektar. Vollbauern mit Hufenbesitz wurden als Hufner bezeichnet. Daneben gab es die Kossäten, auch Häusler genannt, die geringen Landbesitz und ursprünglich keinen Anteil an der bei der Kolonisation zugeteilten Hufenflur hatten. Mit 25 Hufen war Rangsdorf ein verhältnismäßig kleiner Ort.

**Groß Machnow** besaß demgegenüber 80 Hufen. Seiner geografischen Lage wegen war es von den deutschen Kolonisatoren als Bollwerk gegen mögliche Versuche slawischer Fürsten aus der Niederlausitz sowie dem Baruther und Zossener Raum, das Gebiet zurückzuerobern, und wohl auch als Schutzschild für die Stadt Mittenwalde am üppigsten mit Land für die Siedler ausgestattet. Die Anzahl der Hufner im Jahre 1375 verzeichnet das Landbuch Karls IV. nicht. Vermerkt wird, dass für jede abgabepflichtige Hufe je neun Scheffel

Roggen und Hafer als Pacht, zwei Schillinge als Zins, fast fünf Schillinge als Bede sowie je ein halber Scheffel Roggen und Gerste und ein Scheffel Hafer als Fruchtbede zu entrichten waren. In Groß Machnow gab es 33 Kossäten, von denen 29 den Hufnern mit einem Schilling und sechs Pfennigen und die drei übrigen mit einem Huhn und fünf Eiern abgabepflichtig waren. Außerdem gab es 1375 in Groß Machnow bereits zwei Windmühlen und zwei Krüge, die auch Abgaben zu leisten hatten.

Über 39 Hufen verfügte das ebenfalls zur Herrschaft Zossen zählende, am Westufer des Rangsdorfer Sees gelegene Jühnsdorf und mit 30 Hufen war auch das eng mit Mittenwalde verbundene Klein Kienitz größer als Rangsdorf. Nur das am Südostufer des Rangsdorfer Sees einst existierende Pramsdorf war mit elf Hufen kleiner. Bedeutsam für die Gewichtung der Orte in jener Zeit ist, dass sowohl in Groß Machnow als auch in Dahlewitz und Jühnsdorf von vornherein vier Hufen, etwa 200 Morgen, als Freiland für die Kirche, in Klein Kienitz zwei Hufen, bestimmt waren. Für Rangsdorf geht aus den Urkunden eine solche Regelung nicht hervor. Wahrscheinlich wurde der Ort seelsorgerisch von Zossen aus betreut. Eine eigene Priester- oder Pfarrerstelle hat es in Rangsdorf weder vor noch nach der Reformation gegeben, diese wurde erst 400 Jahre später, nach dem Zweiten Weltkrieg, geschaffen. Zu Anfang des 20. Jh. berichtet Spatz in seiner Geschichte des Teltow vom Vorhandensein eines silbernen, vergoldeten Abendmahlskelch in der Rangsdorfer Kirche mit der Jahreszahl 1585.

Aus den historischen Unterlagen für das 14. Jh. geht hervor, dass es in **Rangsdorf** 9 Kossäten gab. Außerdem gab es einen Dorfkrug, die taberna, und eine Windmühle auf dem Mühlenberg, nördlich des Dorfes an der heutigen Waldhöhe gelegen, die um 1850 wegen Baufälligkeit abgerissen und nicht wieder aufgebaut wurde. Für das Jahr 1450 werden 26 Hufner- und 4 Kossätenfamilien genannt.

Im Jahre 1375 hatten der Markgraf und die Herren von Zossen schon keinen Anspruch mehr auf die auf den Rangsdorfern lastenden Naturalabgaben, Zinsen, direkten Steuern, die Bede, und auf die Frondienste. Auch die Rechtsprechung war an die neuen Lehnsherren übergegangen. Sie hatten den

kurfürstlichen Feudalbesitzern Geld vorgeschossen und dafür deren Einnahmen aus Rangsdorf zugesprochen erhalten.

#### **4. Berliner Patrizier - Lehnsherren von Rangsdorf und Groß Machnow**

Während wir nur sehr wenig über das Leben der Menschen im Raum Rangsdorf – Groß Machnow – Klein Kienitz vor mehr als 600 Jahren wissen belegen die Akten genau, an wen und wie viele Abgaben sie zu entrichten hatten. Der erste bisher bekannt gewordene Name aus der langen Reihe von Rangsdorfer „Herren“ ist der des Berliner Patriziers Jacob Rathenow. Er war 1375 bereits von den Zossener Torgows erblich mit den Abgaben der Rangsdorfer belehnt. In Berlin gab es in den siebziger Jahren des 14. Jh. einen Albert Rathenow, der dort Bürgermeister war. Das Landbuch Karls IV. nennt 41 Cölln-Berliner Patrizier- bzw. Bürgerfamilien, die 1375 im Umland in 94 Dörfern Brandenburgs Lehns- oder Eigentumsbesitz hatten.

Dem Lehnsherrn Jacob Rathenow, von dem wir nicht wissen in welchem Verwandtschaftsgrad er zum Berliner Bürgermeister Albert Rathenow stand, gehörten im Jahre 1375 folgende Abgaben aus Rangsdorf: Von 4 Hufen mussten ihm jährlich 19 Scheffel (1 Scheffel etwa 55 Liter) Roggen und 12 Scheffel Hafer, 8 Schillinge Zins und von 25 Hufen je 16 Pfennige Bede abgeliefert werden. Die Bede war eine ursprünglich vom Landesherrn unregelmäßig erhobene Steuer, die jedoch durch Verträge zwischen dem Markgrafen und den Ständen, bestehend aus den Rittern und Städten, in den Jahren 1279 bis 1283 zu einer jährlich fixierten Steuer wurde. Die Hufen hatten Jacob Rathenow 15 Hühner zu geben. Außerdem standen ihm Pacht und Zins für 4 Hufen sowie die Wagentdienste des gesamten Dorfes zu. Rathenow war Oberster Gerichtsherr Rangsdorfs. Es gab aber noch einen zweiten Feudalherren in Rangsdorf, den Gutsherrn Direke (Dyreken) aus Rudow. Ihm standen Pacht und Zins der „übrigen Hufen“, also 21 zu.. Direke erhielt außerdem 9 Hühner und 1 Schock (60 Stück) Eier sowie 6 Schillinge als Pacht von 6 Kossäten. In Rangsdorf übte Direke die untere Gerichtsbarkeit aus. Der Krüger hatte 2 Schillinge zu entrichten und der Müller einen halben Wispel (1 Wispel = 13,2 Hektoliter) Roggen abzugeben. Eine kurfürstliche Urkunde aus dem Jahre 1451 stellt fest, dass Kurfürst Friedrich II. (1440-1471).

Henning Stroband und seinen Söhnen Barthold, Heinrich und Kaspar „Rangenßdorff mit obersten und niedersten Gerichten, Diensten und allen Zugehörungen“ zum Lehen gab. Die reiche Berliner Patrizierfamilie der Strobands hatte schon Friedrich I., dem Burggrafen von Nürnberg und ersten Brandenburger Kurfürsten aus dem Geschlecht der Hohenzollern, das seit 1411 in Brandenburg herrschte, ein ansehnliches Darlehen gegeben. An die Stelle von zwei Herren war nun eine Familie getreten und damit wurde Rangsdorf eine Verwaltungseinheit.

Die Verhältnisse in **Groß Machnow** waren ähnlich. Im Unterschied zu Rangsdorf hatte der brandenburgische Markgraf seine Einkünfte aus dem viel mehr einbringenden Groß Machnow an mehrere Herren und vor allem auch an Bürger von Berlin-Cölln verpfändet. Wichtigste Herren war im 14. Jh. die Familie Honow, die in Groß Machnow das obere und niedere Gericht, das Kirchenpatronat und die Wagendienste besaß. Das Berliner Stadtbuch für diese Zeit verzeichnet einen Wilken Honow als einen von dreißig Berliner Kaufleuten, der gegen Zins- und Stättegeld über die einträglichen Verkaufsstände für Fleisch auf den Märkten und Messen in Berlin und Cölln verfügte. Weitere Lehnsherren waren ein Herr Rutger und ein Tylo Wardenberg aus Berlin und die Gebrüder Reiche (Ryke), deren Familie ab 1536 Lehnsherren von Rangsdorf wurden. Schon 1375 leisteten die Groß Machnower von 6 Hufen für einen Altar in der Petrikirche zu Cölln regelmäßige Zahlungen. Berliner Archivalien bekunden, dass im Jahre 1595 die 4 Hufner Martin Fischer, Matthias Lembken Witwe, Baltzar Zabel und Hanß Stroband, von dem unbekannt ist, in welchem Verwandtschaftsverhältnis er zu den Rangsdorfer Strobands stand, bei der Zahlung dieser Abgaben große Rückstände hatten, deren ratenweise Begleichung ihnen neben der laufenden Pacht 1603 zugestanden wurde. Weitere Abgaben mussten Groß Machnower 1375 für den Altar Johannes des Täufers in der Pfarrkirche von Mittenwalde aufbringen. Als weitere Lehnsherren nennen die frühesten Dokumente einen Bartholomäus in Mittenwalde sowie die Herren Johann von Cottbus, Hans van der Wese, Nikolaus Machenow, Johannes Planow, Johannes Czyten (Ziethen), Klaus Wusterhuse und eine Frau Prützow.

An die Stelle vieler dieser Lehnsherren gelangte um 1400 Hans von Quitzow aus der als „Raubritter“ in die Geschichte eingegangenen, nach dem Dörfchen Quitzow bei Perleberg in der Prignitz benannten Junkerfamilie. Ein weiterer Herr war in Groß Machnow Gericke von Arnim. Nachdem die Quitzows und ihre Anhänger den Kampf um die Vorherrschaft gegen den neuen Markgrafen und Kurfürsten Friedrich aus dem Geschlecht der Hohenzollern in Brandenburg verloren hatten, mussten sie sich auch aus Groß Machnow zurückziehen, das wieder in den Besitz des Markgrafen kam. Dieser übertrug im Jahre 1414 „Groten Machenow“ seinem, wie Friedrich aus Franken stammenden Lehnsmann Heinz Donner (Dunre) dem Älteren, der dem Markgrafen dafür 200 Schock böhmischer Groschen zahlte. Zinsen und Renten von mehreren Bauern- und Kossätenhöfen Groß Machnows hatten inzwischen die Brüder Wilhelm und Cöpke von der Lieve erworben, die Heinz Donner der Ältere 1424 aufkaufte. Im Jahre 1443 gab Heinz Donner der Jüngere, der das Amt eines kurfürstlichen Rats bekleidete, Groß Machnow auf. Käufer war Ulrich Zeuschel, der die Aufsicht über den gegen den Willen der Berliner und Cöllner im Jahre 1442 begonnenen Bau der kurfürstlichen Burg, des späteren Schlosses in Cölln an der Spree, führte und zugleich Küchenmeister des Kurfürsten Friedrich II. war. Nach dem Tode von Ludwig Zeuschel, dem Sohn von Ulrich Zeuschel, fiel Groß Machnow wieder dem Kurfürsten zu, der es am 6. Dezember 1482 für 3 200 rheinische Gulden an Georg und Thomas Quast verpfändete. Nachdem der Kurfürst im Jahre 1494 Groß Machnow dem Amtshauptmann zu Zossen Georg Flanß für „treue Dienste“ zum Lehen gegeben hatte, blieb es für 150 Jahre unter der Herrschaft der Familie Flanß.

Obwohl das Fischen im Mittelalter für das Leben in **Rangsdorf** sehr wichtig war, gibt es darüber keine Berichte. Offensichtlich besaßen alle Rangsdorfer von Anfang an Fischereirechte, denn im Jahre 1567 wird ihnen urkundlich das Recht zum Fischen verbrieft, anscheinend ein altes Privileg erneut bestätigt. Dafür mussten sie allerdings Pacht, Zins und Zehnt und einen Kahnzins aufbringen. Auf den ersten Blick erscheinen alle Abgaben nicht allzu hoch. Der sandige Boden und die umfangreichen Sumpfgebiete warfen kaum Überschüsse ab. Der Ackerbau wurde extensiv betrieben und die Dreifelderwirtschaft herrschte vor. Angebaut wurden verschiedene Arten Weizen,

Roggen, Gerste und Hafer. Stallfütterung gab es kaum. Nach den meisten Schätzungen konnte ein Bauer damals höchstens 6 bis 8 Scheffel gedroschenes Getreide pro Morgen ernten. So lasteten die Abgaben, zu denen noch der Kirchenzehnt kam, schwer auf den Hüfnern, Kossäten, Krügern, Müllern und Schmieden. Gesprochen haben sie ein „Teltower Platt“, von dem wir Dank der Forschungen und Publikationen von Dr. Willy Lademann eine ziemlich gute Vorstellung haben.

Im Unterschied zu einigen Nachbardörfern, in denen Familien des märkischen Landadels Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte die Lehnsherren waren - die von der Liepe in Blankenfelde, zeitweilig auch Herren in Klein Kienitz, die von Otterstedt in Dahlewitz und die von Knesebeck in Jühnsdorf - wurde Rangsdorf nie für längere Zeit zum Sitz eines bedeutenden Adelsgeschlechts der Mark. Es blieben Berliner Patrizierfamilien, die nach dem Übergang der Herrschaft Zossen in den Besitz des brandenburgischen Kurfürsten gegen Darlehen an diesen ihre Einnahmen aus Rangsdorf bezogen und die Herrschaft über den Ort zum Lehen erhielten. Dabei handelte es sich weiterhin um bedeutende Bürger Berlins. So erwähnt die Chronik der Doppelstädte Cölln-Berlin, die seit 1432 eine politische Union bildeten und immer mehr zur Residenzstadt des Kurfürstentums wurden, mehrfach die von 1536-1586 in Rangsdorf herrschende Familie Reiche (auch Ryke geschrieben), die ebenso wie Henning Stroband, der ab 1451 Rangsdorfer Lehnsherr war, Geldgeber des Kurfürsten und Ratsmitglieder in Berlin waren.

Bisher ist kein Dokument bekannt, aus dem hervorgeht, wie die Berliner Lehnsherren ihre Macht ausübten, wie die Abgaben zu den Herren gelangten und wo Richtsprüche gefällt wurden. Es fällt auf, dass im Unterschied zu anderen Orten des Teltow in Rangsdorf bis zum Dreißigjährigen Krieg keine Dorfschulzen erwähnt werden, was den Schluss zulässt, dass es keine bedeutende Selbstverwaltung gab. Das Fehlen derartiger Auskünfte ist auch dadurch bedingt, dass das Interesse für den Ort gering war, der abseits der Handelswege nach Berlin, Dresden, Leipzig, Frankfurt/Oder und Magdeburg

lag, die durch Dahlewitz, Mittenwalde, Groß Machnow und Zossen führten. Rangsdorf blieb eine schwer zugängliche Sackgasse, die am See endete.

Insgesamt sei zur Charakterisierung der Zustände in Berlin und der Mark Brandenburg das Urteil des gelehrten Abts Trittenheim zu Spannheim zitiert, der nach einem Besuch beim Kurfürsten und der Beobachtung zumeist des Landadels und der städtischen Patrizier, kaum der Bauern und Tagelöhner, im Jahre 1506 schrieb: „Die Einwohner sind gut, aber zu rau und ungelehrt, sie lieben mehr die Schmauserei und den Trunk als die Wissenschaften... Man kann von den Märkern sagen, dass sie durch die vielen Festtage und durch ihre Faulheit zur Armut gebracht werden, und dass sie durch das viele Fasten und den Soff ihren Tod beschleunigen, zudem sie hierin die übrigen Deutschen übertreffen, ... wobei die Einzöglinge aus Franken und Schwaben, wie ich oft bemerkt, mehr dem Soff ergeben sind als die Landeseinwohner. Sie sind von Natur zur Faulheit geneigt.“

## **5. Die Gutsherrschaft in Brandenburg**

Am Ende des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jh. entwickelten sich die deutschen Lande als Teile des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“ sehr unterschiedlich. Das Haus Habsburg beherrschte unter den Kaisern Maximilian I. (1493-1519) und Karl V. (1519-1558) nicht nur die deutschen, österreichischen, böhmischen und mährischen Länder sondern auch Spanien, einen großen Teil Italiens einschließlich Neapel, die Niederlande und die Kolonien in Amerika. Mit Recht konnte Karl V. erklären, dass in seinem Reich „die Sonne nicht untergeht“. Da sich der Kaiser mehr um die außerdeutschen Belange kümmerte wuchs die Macht der Vielzahl großer und kleiner Landesfürsten in Deutschland. Versuche einer Reform der Reichsverfassung auf den Reichstagen in Worms (1495) und Köln (1512) blieben nur auf dem Papier.

Dennoch gingen die Veränderungen des Weltbilds - die Entdeckung Amerikas (1492) und des Seeweges nach Ostindien (1498) - an keinem Land spurlos vorüber, auch nicht an Brandenburg, das allerdings im Vergleich zu anderen Teilen des Kaiserreichs zurückblieb. Mit Spanien, Portugal, Frankreich und den Niederlanden, die enorm vom atlantischen Überseehandel

profitierten, konnte Brandenburg nicht mithalten. Größer wurde aber auch der Abstand zu vielen Gebieten Süd-, West- und Mitteldeutschlands: Franken, Schwaben, dem Erzgebirge auf sächsischer und böhmischer Seite, Salzburg, Tirol, der Kurpfalz und Thüringen. Dort entwickelten sich der Erzbergbau, darunter die einträgliche Silber- und Kupfergewinnung, das Hüttenwesen, Metall- aber auch Textilgewerbe. Zusammen mit der beginnenden frühen kapitalistischen Produktionsweise erstarkten Handel und Bankwesen, wofür das Augsburger Unternehmen der Fugger das bedeutendste Beispiel war.

Dank der Erfindung der Buchdruckerkunst durch Johann von Gutenberg um 1450 in Mainz gelangten die mit der Renaissance wiederentdeckten und von den besten Köpfen Europas weiterentwickelten humanistischen Ideen in die entferntesten Winkel des Reiches. Um 1500 gab es in 260 europäischen Städten 1100 Druckereien, davon 60 in Deutschland, allein 30 in Köln am Rhein. Durch die seit 1430 entwickelte Technik des Kupferstichs wurden mit den gedruckten Flugschriften und Büchern viele zeitgenössische Ereignisse in Bildern festgehalten und verbreitet. Im Jahre 1549 gab es in Frankfurt/Oder bereits die Druckerei von Nikolaus Wolrab, die von Johann Eichhorn weitergeführt wurde, der 1567 ein Druckmonopol für die Mark erhielt. In Berlin gründete der aus Wittenberg stammende Johann Weiss 1539 die erste ständige Buchdruckerei. Der Autodidakt Leonhardt Thurneisser (1530-1595) aus Basel, der dem Kurfürsten Johann Georg als Leibarzt sowie als Astronom, Kalendermacher, Naturwissenschaftler und Geschäftsmann diente, richtete im Grauen Kloster, in dem ihm der Kurfürst eine große Wohnung zugewiesen hatte, eine frühkapitalistische Produktion, bestehend aus einer Buchdruckerei, einer Formschneiderei und einer Schriftgießerei ein, die neben deutschen und lateinischen Buchstaben auch griechische, hebräische, arabische und andere Schriftzeichen anfertigte. Thurneisser beschäftigte in seinen „Betrieben“ im Grauen Kloster etwa 200 Personen. Zwei Jahre nach seinem Weggang aus Berlin kaufte sein Setzer Michael Hentzke 1577 die Druckerei, die 1599 an die Familie Runge überging, die zu Beginn des 17. Jh. die erste Berliner Wochenzeitung und ab 1626 auch ein Berliner Lokalblatt herausgab. Mit dem Buchdruck gelangten die neuen Ideen, aber auch die Auffassungen ihrer Widersacher zu den Lesekundigen im Lande. Priester trugen von den Kanzeln

den Streit um eine Reform ins Volk. Professoren der Universitäten in Wittenberg (gegründet 1502) und Greifswald (gegründet 1456), die den antischolastischen, den Anliegen des aufkommenden Bürgertums entsprechenden Ideen zuneigten, verbreiteten diese und Lesekundige konnten sich mit ihnen vertraut machen. Auch die Cölln/Berliner Schulen für Jungen und die in nächster Nachbarschaft zu Rangsdorf/Groß Machnow gelegenen in Mittenwalde und Zossen begannen nach den reformatorischen Prinzipien zu unterrichten. Die als streng orthodox-katholisches Gegengewicht vom Brandenburger Kurfürsten 1506 gegründete Universität in Frankfurt/Oder wurde von den Studenten des eigenen Landes geradezu boykottiert. Das änderte sich erst, nachdem die Universität 1599 eine entschieden lutherische Ordnung erhielt.

Die Auseinandersetzungen mit der Papstkirche, die in allen deutschen Ländern den Kirchenzehnt und weitere Abgaben für Altäre, Klöster und den Handel mit Heiligenbildern, wundertätigen Hostien und Ablassbriefe erhob, verstärkte die Reformbewegung. Diese führte unter Huldrych (Ulrich) Zwingli ab 1522 in der Schweiz, unter Johann Calvin ab 1541 in Genf, den nördlichen Niederlanden und Teilen Westdeutschlands, zum Abfall von der römisch-katholischen Kirche. In Brandenburg leiteten die von Martin Luther am 31. Oktober 1517 an der nur wenige Kilometer jenseits der Landesgrenze gelegenen Schlosskirche in Wittenberg angeschlagenen Thesen die Wende ein. Die offizielle Einführung der evangelischen Konfession verspätete sich im Vergleich zu Kursachsen (albertinische Linie), aber auch Schweden, Dänemark und Norwegen allerdings um Jahrzehnte.

Die welthistorischen Veränderungen hatten für Brandenburg zunächst nur geringe Folgen. Selbst der Große Deutsche Bauernkrieg von 1525/26 spielte sich nur jenseits der Grenzen Brandenburgs ab, obwohl es durchaus Sympathien für die Ziele dieser großen Volksbewegung gab, wie es die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Aufbegehren von Hans Kohlhase in den Jahren 1532/40 zeigten.

Charakteristisch für Brandenburg ist zu dieser Zeit ein Wandel der sozialen Beziehungen, der zur Herausbildung und Stärkung des auf dem Gutsbesitz basierenden adligen Junkertums führte. Im Unterschied zum entwickelten Südwesten Deutschlands existierte im Norden kein dem Kaiser direkt unter-

stehender Reichsritterstand, der 1522/23 im sogenannten Ritterkrieg unter Franz von Sickingen und Ulrich von Hutten gegen die erstarkende Fürstenmacht rebellierte, dabei jedoch verlor. Die Ritter standen in Brandenburg nicht neben dem Landesherrn sondern waren ihm untergeordnet. In dem Maße wie Söldnerheere und Fußvolk mit moderneren Waffen die Ritter als Krieger ablösten, wurden diese zu ortsansässigen Gutsbesitzern. Ihr Haupterwerb war nunmehr die Landwirtschaft, vor allem der Export von Getreide. Dabei waren die Flüsse Oder, Spree, Havel und Elbe sowie kleinere Wasserwege wie die Dahme und Nuthe und einige Kanäle die Transportadern. Berlin war ein wichtiger Umschlagplatz. Im Unterschied zu den Bauern, die ihr Getreide auf den Märkten der brandenburgischen Städte verkaufen mussten, hatte sich der Gutsadel das Privileg verschafft, vorteilhafter direkt in die großen Hafenstädte der Nord- und Ostsee sowie das Ausland zu liefern. Allerdings verloren in der Mitte des 16. Jh. die Flüsse Brandenburgs an Bedeutung, da nunmehr von dem befahrensten Hafen Hamburg der wichtigste Handelsweg über Lüneburg, Magdeburg, Leipzig, Dresden nach dem zu Österreich gehörenden Breslau führte. Frankfurt/Oder verlor als Messestadt an Bedeutung gegenüber Leipzig.

Um in dieser Situation konkurrenzfähig zu bleiben benötigten die Gutsbetriebe mehr billige Arbeitskräfte und große zusammenhängende Flächen für die Produktion von Getreide. Da auch die jüngeren Söhne des Adels kaum mehr für das Kriegshandwerk gebraucht wurden, mussten sie als weitere Gutsbesitzer ihre Versorgung finden. Dieser historische Prozess führte zur Vergrößerung der Gutswirtschaften und dem Entstehen neuer Rittergüter auf Kosten der zuvor zwar dem Landesherrn oder seinen Gläubigern abgabepflichtigen, jedoch freien Bauern, die etappenweise faktisch in die Leibeigenschaft gepresst wurden. Diese Entwicklung wurde in Brandenburg durch die im Jahre 1518 vom Landtag erlassenen Gesetze über die „Schollenpflicht“ und die „Gesindeordnung“ legalisiert.

Durch die Schollenpflicht wurde der Bauer an den von ihm einst bei der Besiedlung erworbenen Boden gebunden. Ihm war nun verboten, seinen Hof aufzugeben. Demgegenüber erhielt der Junker das Recht, die Bauern „auszukaufen“, sie von ihren Höfen als „ungehorsame Knechte“ zu entfernen.

Die Akten über Dahlewitz spiegeln diesen Prozess deutlich wider. Danach besaß die dort herrschende Familie Wilmersdorf 1480 zehn ritterliche Hufen. Die ihr in der Reformationszeit als Herren nachfolgende Familie von Otterstedt setzte aufgrund dieser Gesetzeslage, wie Spatz schreibt, „die Umwandlung von manchen steuerpflichtigen bäuerlichen in steuerfreie ritterliche Hufen durch“ und vergrößerte den Gutsherrenbesitz im Dorfe auf 16 Hufen, was 800 Morgen entsprach.

Als sich der Landtag im März 1540 bereit erklärte, die für damalige Verhältnisse gewaltigen Schulden des verschwenderischen Kurfürsten von über einer Million Gulden zu begleichen, wälzte er diese Lasten sofort auf die Städte und Bauern ab. Die Städte mussten für 445 000 Gulden die Deckung übernehmen. Die Oberstände, die adligen Junker und die Gutsbesitzer, erklärten sich bereit, für die restlichen 700 000 Gulden aufzukommen. Zu deren Begleichung führten sie auf demselben Landtag den „Hufenschoß“ ein, eine neue Abgabe, die den bisherigen „Landschoß“ ablöste und Abgaben von den Bauern auf ihren Grundbesitz und Viehbestand durch Landabtretungen und Abgaben in Geld festlegte. Die Gesindeordnung von 1518 hatte darüber hinaus die Lage der Bauern durch häufigere Frondienste verschlechtert. Seit der Ansiedlung musste der Bauer dem Landesherrn Dienstleistungen beim Wege- und Brückenbau, bei Burgenausbesserungen sowie Wagen- und Spanndienst bei fürstlichen Reisen erbringen. Noch 1375 machten diese Frondienste jedoch nicht mehr als drei bis sieben Tage im Jahr für jeden Hof aus. Inzwischen hatten Ritter und Gutsbesitzer oder auch reiche Städtebürger diese Dienste vom Kurfürsten gekauft, beziehungsweise für eine bestimmte Zeit gegen Geld verliehen bekommen, sodass die Bauern ihnen zu Diensten verpflichtet waren. Das Gesindegesetz von 1518 zwang die Kinder der Bauern, bei dem eigenen Gutsherren in Dienst zu treten und überließ ihnen eine freie Wahl des Arbeitsplatzes nur für den Fall, dass dieser sie nicht brauchte. Der Landtag von 1540 hob die bisherige Möglichkeit des Bauern, seine Dienstleistungen in Geld zu entrichten wieder auf. Schließlich verschlechterte ein Gesetz des Jahres 1572 die Lage der Bauern noch mehr. Nun erhielten die Junker das Recht, von den Bauern „wöchentlich zwei Tage mit Wagen, Pflügen und Feldarbeit und in der Ernte *so oft man ihrer bedarf*“, Dienstleistungen zu verlangen.

Dieser Prozess der Zunahme der Leibeigenschaft, der in die bis zum Jahre 1807 bestehende Erbuntertänigkeit mündete, wirkte sich auch in Groß Machnow, Rangsdorf und Klein Kienitz aus. Die Dörfer blieben arm, ihre Einwohnerzahl stagnierte. Im Gegensatz zu den bedeutenden Kloster- und Kirchenbauten, aber auch den Häusern in Städten und Dörfern in der Zeit der Kolonisation und den von den Ideen der Renaissance beeinflussten Bau- und Kunstwerken in anderen Gebieten Deutschlands blieben bedeutende Neubauten in der Mark selten.

## **6. Brandenburg in der Reformationszeit**

Von den heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Landesherrn und dem märkischen Adel, den städtischen Patriziern, Bürgern, Zunfthandwerkern und „gemeinen Leuten“, zumeist Armen, bei denen es vor allem um die Macht und damit die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben ging, zeugt die Geschichte Cölln/Berlins in jener Zeit. Da in den zeitgenössischen Dokumenten mehrfach die Namen der Familien der Rangsdorfer Herren Stroband und Reiche auftauchen kann davon ausgegangen werden, dass das Geschehen der Zeit im Ort bekannt wurde. Beim Streit zwischen den städtischen Patriziern und dem Markgrafen wegen seines 1443 begonnenen Schlossbaus an der Spree, der bis zu militärischem, gewalttätigem Vorgehen gegeneinander eskalierte, und im „Berliner Unwillen“ der Jahre 1447/48 seinen Höhepunkt fand, unterlagen die Patrizier. Zu Beginn des 16. Jh. arrangierten sie sich aber wieder mit den Hohenzollern und kauften beispielsweise im Jahre 1508 für eine jährlich Rente von 90 Gulden das Stadtgericht vom Kurfürsten zurück. In den Urkunden namentlich genannte Patrizierfamilien, darunter die Rangsdorfer Lehnsherren Stroband und Reiche erhielten für Geldzahlungen ihre nach dem „Berliner Unwillen“ verlorenen Lehen zurück. Allerdings blieb die Familie Reiche, die mit dem aus Nürnberg stammenden Kanzler des Kurfürsten verwandt war, sich aber auf der Seite des Cölln/Berliner Rats gegen den Kurfürsten besonders hervorgetan hatte, noch längere Zeit in „Ungnade“. Kurfürst Joachim I. (1499-1535) verfügte deshalb 1517, dass die Reiche, weder Vater noch Sohn, „in alter und neuer Regierung nicht sein sollen, und

soll es hinfuer allezeit so gehalten werden“. Obwohl sie 1536 Rangsdorf kauften, blieben die Reiches in Berlin wohnen.

Gesicherte Kenntnisse über das Eindringen reformatorischen Gedankenguts in Rangsdorf und Umgebung besitzen wir nicht. Für Groß Machnow ist das Verbreiten der Lehren Luthers durch den dortigen Pfarrer schon Jahre vor der offiziellen Einführung der evangelischen Konfession in Brandenburg 1539 hingegen bezeugt. Zu der Zeit, als im nahegelegenen Wittenberg Martin Luther, der seit 1511 an der Universität lehrte, dort am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen gegen den Ablasshandel öffentlich machte, und damit die Reformation und die Trennung von der römisch-katholischen Kirche einleitete, war der brandenburgische Landesherr Joachim I. dafür keineswegs aufgeschlossen. Während in Wittenberg u.a. Gelehrte wie der Professor für Geschichte und Rhetorik Philipp Melanchthon, der Theologe Andreas Bodenstein von Karlstadt, 1586 auch der verfolgte Giordano Bruno wirkten, die Schriften Ulrich von Huttens verbreitet und diskutiert wurden und der große Maler Lucas Cranach der Ältere als Bürgermeister und Ratsherr von Wittenberg wirkte, blieb die Universität Frankfurt/Oder ein Hort katholischer Scholastik und des Widerstands gegen die Reformation. Als Reaktion versagten sich immer mehr Studenten dieser Universität, sodass gegenüber 236 Studenten im Jahre 1519 nur noch 20 im Jahre 1526 dort eingeschrieben waren. Im Jahre 1522 verbot Brandenburgs Kurfürst Joachim I. seinen Untertanen den Besuch der „Ketzeruniversität“ Wittenberg.

Der offene Konflikt brach los, als der Dominikanermönch Johannes Tetzel, gegen dessen Treiben sich Luther direkt wandte, 1517 von Joachim I. die ausdrückliche Genehmigung für den Ablasshandel in der Mark, einschließlich Berlins, erhielt. Tatsächlich ging es dem Kurfürsten jedoch nicht um die Befriedigung des durch religiöse Beeinflussung hervorgerufenen Bedürfnisses gläubiger Christen nach Vergebung ihrer Sünden und Erlösung vom Fegefeuer, auch für verstorbene Verwandte, durch den Kauf von Ablassbriefen. Vielmehr war der Anlass, dass der Papst für den Neubau des Petersdoms in Rom Geld brauchte. Außerdem hatte der Erzbischof von Mainz, Albrecht von Hohenzollern, ein Bruder Joachims I., bei der Kirche Schulden zu begleichen. Diese beliefen sich auf 21 000 Gulden, die ihm das Augsburger Handels- und

Bankhaus Fugger vorgeschossen hatte und zu denen weitere 9000 direkt von den Fuggers geliehene Gulden kamen. Zwischen der Kirche und den Hohenzollern einigte man sich, dass die Hälfte der Einnahmen aus dem Ablasshandel in Brandenburg den Hohenzollern zur Bezahlung ihrer Schulden und die andere Hälfte der Papstkirche direkt für den Bau des Petersdoms in Rom zukommen sollte. Das Eintreiben und Verteilen des Geldes wurde den Fuggers übertragen. Tetzl, der bekannteste der vielen Ablasshändler, kam 1517, nachdem er auf dem Wege von Leipzig durch die sächsischen und südbrandenburgischen Gebiete seinen Handel betrieben hatte, nach Berlin.

Das Leben in Brandenburg und der sich entwickelnden Residenzstadt Berlin war zu dieser Zeit von tiefen Widersprüchen gekennzeichnet. Die religiös-politischen Bewegungen im Deutschen Reich gegen kirchlichen Machtmissbrauch, Ablasshandel und für eine volksnahe einfache, deutschsprachige Kirche hatten schon im Hussitentum, das von Prag ausging, Vorläufer gehabt. Nachdem Jan Hus 1415 als „Ketzer“ verbrannt worden war nahm die Bewegung radikalere Formen an. Hussitenheere drangen 1432/33 in Schlesien, die Lausitz und Brandenburg ein. Bald gab es auch in Brandenburg Anhänger der Lehre von Hus, die vom Landesherrn streng verfolgt wurden. Als ein Anführer märkischer Hussiten wurde Matthäus Hagen 1458 in Berlin verbrannt. In der Mark kam es zu einer Welle katholisch-religiösen Eiferertums, an dessen Spitze sich die Landesherrn stellten.

Unter diesen Bedingungen gab es auch antisemitische Pogrome. Die Ansiedlung von Juden in der Mark - ein Grabstein auf dem jüdischen Friedhof bei Sandau, dem „Juden Kiewer“, trägt die Jahreszahl 1244 - war von den Markgrafen geregelt. Die älteste bekannt gewordene Judenordnung für die Mark stammt aus dem Jahre 1297. Die Juden waren zu erniedrigenden Abgaben verpflichtet, genossen dafür in bestimmtem Umfang Schutz und Geleit der Landesherrn. Allerdings hatten diese fast überall ihre Einkünfte aus den Abgaben der Juden an Städte verpfändet. In einer Urkunde von Mittenwalde heißt es, Markgraf Ludwig der Römer aus dem Hause Wittelsbach (1352-1365) habe der Stadt im Jahre 1356 erlaubt, „vier Joden“ aufzunehmen, die als „Kammerknechte des Markgrafen“ bezeichnet wurden. 1510 wurden in Berlin 38 Juden „der Hostienschändung und des ritualen Kindesmords“

angeklagt, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Sie wurden in einem vierstöckigen hölzernen Turm gemeinsam verbrannt. Ein Chronist vermerkte: „Viele hundert Menschen, selbst aus den abgelegenen Gebieten der Kurmark, strömten zu der Hinrichtung.“ Ob man auch Rangsdorfer, die ja direkt Berliner Herren untertänig waren, zur Besichtigung dieses Massenmords trieb, entzieht sich unserer Kenntnis. Danach wurden die meisten Juden vom Kurfürsten und den Stadträten aus der Mark Brandenburg vertrieben. Zur Begründung beschuldigte der Kurfürst die Juden, sie pflegten Geld zusammenzulegen, „davon sie Christenkinder kauften und sie erwürgen, um ihres Bluts zu einer Heilsalbe teilhaftig zu werden.“ Allerdings machte Kurfürst Joachim II., der seinem Vater an Verschwendungssucht kaum nachstand, als ihn die Schulden drückten, die Judenvertreibung gegen die Zahlung großer „Schutzgebühren“ an ihn wieder rückgängig und bald gaben ihm jüdische Geldverleiher unbegrenzte Kredite. Einer von ihnen, der aus Prag stammende Lipmann ben Juda, auch Lippoldt (Leupoldt) Ben Chluchim, avancierte zum Münzmeister und Kammerherrn des Kurfürsten sowie 1556 zum Aufseher aller Juden in der Mark. Als Joachim II. am 3. Januar 1571 plötzlich starb, rief das Gerücht, Lippoldt habe seinen Herrn vergiftet und sich durch Zauberei dessen Gunst erschlichen, eine Pogromstimmung hervor. Der neue Kurfürst Johann Georg (1571-1598), Sohn Joachims II., ließ Lippoldt verhaften. In Berlin kam es zum Sturm auf den großen Judenhof, die Judenhäuser und die Synagoge sowie zu Plünderungen. Lippoldt wurde zum Tode verurteilt und am 28. Januar 1573 zum Richtplatz auf dem Neuen Markt geführt, zehnmal mit glühenden Zangen gezwickt, seine Arme und Beine mit dem Rade zerschlagen. Danach wurde er gevierteilt, an vier verschiedenen Galgen aufgehängt, sein Kopf aber auf dem Georgentor aufgesteckt. Abermals wurden die Juden für nahezu ein Jahrhundert aus dem Kurfürstentum Brandenburg vertrieben. Mit den antisemitischen Pogromen wurde zwar die Unzufriedenheit des Volkes auf diese Minderheit gelenkt, jedoch wurden dadurch die anderen sozialen Konflikte nicht gelöst.

Ausdruck des Anwachsens der Gegensätze zwischen Armen und Reichen war ein Aufstand der niederen Bürger in Cölln/Berlin im Jahre 1515, als der von Patriziern beherrschte Rat eine neue Steuer einführen wollte. Der Kurfürst ließ

die Anführer des Aufruhrs festsetzen und aburteilen. Insgesamt blieb allerdings der Umfang der Auseinandersetzungen in der Mark gegenüber dem Geschehen in den weiter entwickelten Teilen Deutschlands zurück.

Thomas Müntzer, der bald zum bedeutendsten Ideologen der aufständischen Bauern wurde, hatte eine kurze Zeit ab Herbst 1516 an der Universität Frankfurt/Oder studiert, diese aber bald wieder verlassen. Als gefestigten Lutheraner finden wir ihn Ostern 1519 als Gehilfen und Vertreter des Jüterboger Predigers Franz Günther, eines überzeugten Anhängers Luthers. Über Weißenfels und Leipzig gelangte Müntzer dann in die mitteldeutschen und thüringischen Zentren des Großen Deutschen Bauernkriegs, der 1525 mit einer Niederlage der aufständischen Bauern und Städtebürger sowie der Hinrichtung von Müntzer und vieler seiner Mitkämpfer aus den verschiedensten politischen und religiösen Richtungen endete.

Die gewaltigen Erschütterungen durch Reformation und Bauernkrieg hatten zunächst keine Auswirkungen auf Brandenburg. Kurfürst Joachim I. blieb ein führender Parteigänger der Papstkirche und Gegner der Reformation, der sogar alle Schriften Martin Luthers, auch dessen ins Deutsche übersetzte Bibel und seine Lieder verbot. Infolgedessen gehörten Überzeugung und Mut dazu, wenn es vereinzelt, so in der Stadt Brandenburg, in Sommerfeld, Stendal, Treuenbrietzen und einigen Dörfern, zu denen wohl auch Groß Machnow gehörte, vor der offiziellen Einführung der Reformation im Jahre 1539 zur Berufung lutherischer Prediger kam, obwohl diese Forderung vielerorts erhoben wurde. In Berlin ließ der katholische Eifer der Bürger allerdings sehr nach, was sich beispielsweise darin zeigte, dass Stiftungen von Messen und Altären seit 1518 aufhörten.

## **7. Die Fehde des Hans Kohlhasse und ihre Auswirkungen im Raum**

### **Groß Machnow - Mittenwalde - Zossen**

Ausdruck dafür, dass der revolutionäre Geist von Bauernkrieg und Reformation auch im brandenburgischen Land vorhanden war, demonstriert die Fehde des Berliner Lebensmittelkrämers Hans Kohlhasse, die von 1532 bis 1540 die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg sowie die Gerichte und fürstlichen Schergen beider Länder beschäftigte. Heinrich von Kleist hat in

seiner 1810 veröffentlichten Novelle „Michael Kohlhaas“ diesem Geschehen ein Denkmal in der deutschen Literatur gesetzt.

Der Hintergrund des Konflikts war, dass Überreste des Raubrittertums, vor allem aber der Ausbau der Gutsherrschaft der Junker auf Kosten der Verfügungsgewalt der Bauern über ihre Hufen durch die gesetzliche Einführung der Schollenpflicht und der Gesindedienste (1518) sowie die Erhöhung ihrer Abgaben und Frondienste die Lage der Bauern verschlechterte. Ähnlich war es den Städtebürgern ergangen, die 1523 die wichtigen Bierbrau- und Handelsmonopole verloren. Der Landadel erhielt dagegen das Recht zum zollfreien Getreideexport. Allein in der Mittelmark führte das „Bauernlegen“ dazu, dass zwischen 1480 und 1624 die Anzahl der gutsherrschaftlichen Ritterhufen von 1265 auf 3165 stieg.

Eigenmächtigkeiten Adliger gegenüber vielen Bürgern und Bauern waren nach deren Niederlage im Bauernkrieg an der Tagesordnung. Martin Luther, der mehrfach im Streit des Hans Kohlhaase für Gerechtigkeit um eine Vermittlung bemüht war, charakterisierte das Handeln der Junker, nicht nur im Falle Kohlhaase, in einem Brief vom 9. April 1539 an Johann Friedrich den Großmütigen, Kurfürst von Sachsen aus der ernestinischen Linie (1532-1547), als Ausdruck von „Geiz und Bosheit“. Er beschuldigte sie, alles Getreide „zu sich zu kaufen und wegzuführen und damit so unverschämt zu wuchern,“ dass die Bevölkerung Hunger leiden müsse. „Die von Adel“, schrieb Luther weiter, seien doch „ohnedies reich genug, dass nicht Noth ist, armer Leute Leben durch Hunger zu nehmen, um ihres Geizes willen.“

Das tatsächliche Geschehen, das bald auch Dahlewitz, Groß Machnow, Mittenwalde, Teupitz und Zossen in seinen Bann zog, ist nachvollziehbar, da die Akten im Ernestinischen Gesamtarchiv in Weimar vorhanden sind. Außerdem hat der großherzoglich-sächsische Archivar C.A.H. Burkhardt 1864 in seiner Schrift „Der historische Hans Kohlhaase und Heinrich von Kleists Michael Kohlhaas“ darüber berichtet.

Hans Kohlhaase wurde um 1500 in der Berliner Schwesterstadt Cölln geboren. Er war offensichtlich nicht ungebildet, denn er schrieb deutsch und lateinisch und vermochte sich gut auszudrücken. Im Jahre 1532 gehörte er, der mit Heringen, Honig, Speck usw. handelte, jedoch zu den armen, offenbar auch

verschuldeten Krämern. Er ritt mit zwei Pferden über Trebbin, Beelitz, Treuenbrietzen und Wittenberg zur Leipziger Messe, wohin er seine Waren schon voraus geschickt hatte. Am Abend des 1. Oktober 1532 erreichte er das Dörfchen Wellaune an der Mulde auf sächsisch-anhaltischem Gebiet. Dort beschuldigten ihn Dienstmänner des Junkers Günter von Zaschwitz, Erb-, Lehns- und Gerichtsherr der Wasserburg Schnaditz, die Pferde gestohlen zu haben. Sie nahmen ihm diese gewaltsam weg und verleibten sie der herrschaftlichen Herde ein. Kohlase musste seinen Weg nach Leipzig zu Fuß fortsetzen. Auf dem Rückweg von der Messe, wo er wegen seines Zuspätkommens keine guten Geschäfte mehr machen konnte, sprach er am 12. Oktober bei Zaschwitz vor und verlangte, seine Pferde zurückzubekommen. Der Junker forderte jedoch von ihm, sie mit einem wucherischen „Futtergeld“ zurückzukaufen, was Kohlase ablehnte.

Nach Hause zurückgekehrt wandte er sich mit der Bitte um Vermittlung an den brandenburgischen Kurfürsten. Tatsächlich ließ Joachim I. das Gesuch an den kursächsischen Hof in Wittenberg weiterleiten. Der Erzgegner der Reformation Joachim I. trat in erster Linie für den brandenburgischen Untertan Kohlase ein, um den aktiven Anhänger der Reformation und Freund Luthers, den sächsischen Kurfürsten Johann Friedrich I., der „Großmütige“ (1532-1547), in Bedrängnis zu bringen. Am 13. Mai 1533 wurde auf der Burg Düben über die Forderungen Kohlases an den Junker Zaschwitz, die Pferde herauszugeben und 150 Gulden Schadenersatz für die erlittene Einbuße auf der Messe zu zahlen, verhandelt. Die Richter lehnten das ab und verurteilten Kohlase für die Herausgabe der Pferde, die inzwischen als Zugvieh heruntergekommen waren, eines starb am nächsten Tag, dem Junker Zaschwitz noch 12 Gulden zu entrichten. Am 25. Juli 1533 wandte sich Kohlase mit der Bitte um Gerechtigkeit an den sächsischen Kurfürsten, der jedoch die Entscheidung dem Landvogt von Wittenberg, Hans von Metzsch, überließ. Dieser teilte Kohlase am 25. Februar 1534 als „letztes Wort“ mit, der Junker Zaschwitz sei als höchster Gerichtsherr in seinem Gebiet juristisch unantastbar.

Nun nahmen die Dinge eine radikale Wende. Kohlase und ihm gleichgesinnte Bürger Cölln/Berlins und der Mark, offensichtlich noch unter dem Eindruck des Kampfes der Unterdrückten im gerade beendeten Bauernkrieg

stehend, entschieden sich, wie es in einem Dokument Kohlhases heißt, angesichts des „Schmerzes, die Welt in einer so ungeheuren Unordnung zu erblicken,“ dafür, „Unordnungen gleich diesen Einhalt zu tun, Gewalt mit Gegengewalt zu beantworten, das Recht zum Gedeihen friedlichen Gewerbes zu erzwingen“. In einer vom damaligen sächsischen Grenzort Baruth am 12. März 1534 in Umlauf gesetzten Flugschrift verkündete Kohlhasse: „Da ich nun nichts mehr, denn mein Leib und Leben vorzusetzen habe ... will ich aller Welt List und Behändigkeit gebrauchen, will sein Gottes und aller Welt Freund, allein Günter von Zschwitz' und des ganzen Landes zu Sachsen öffentlich abgesagter Feind. Wo ich sie bekomme, will ich sie an Händen und Füßen lähmen, will auch rauben und brennen, sie hinwegführen und schätzen, bis mir Günter von Zschwitz für das mir zugefügte Unrecht, für seine Bezeichnung und die mir angetane Schmach genügend Abtrag geleistet hat.“

Den Worten folgten bald Taten. Von 1534 an sammelte Kohlhasse Gleichgesinnte um sich, die einen Partisanenkämpfern vergleichbaren sechsjährigen Kleinkrieg gegen Junker, Adelshoheiten und Landesherren führten. Welchen Umfang diese Empörung annahm verdeutlichen die Akten der Untersuchungsbehörden. Darin befinden sich über 300 Namen von „Mittätern“, wie viele es gab, die von den Behörden nicht entdeckt wurden, ist unbekannt. Unter den Verfolgten werden 20 Geistliche, 70 Gastwirte (Krüger), über 100 Handwerker und Müller, 60 Bauern, Knechte und Tagelöhner, aber auch einige Ratsherren, Dorfschulzen und sogar Angehörige des Adels, wie die verwitwete Herrin von Teupitz, die Schenkin Katharina von Landsberg-Biberstein, genannt. Sie kamen zumeist aus den Städten Cölln/Berlin, Brandenburg, Frankfurt/Oder und aus den Dörfern und weiteren Städten des Landes. Die Untersuchungsbehörden legten über 160 Dörfern und Städten der Mark Brandenburg zur Last, sich als „Helfer, Herberger, Vorschuber und Förderer Kohlhases“ betätigt zu haben. Viele Krüger stellten den Trupps Kohlhases Proviant und Quartiere zur Verfügung.

Seit dem Sommer 1534 fielen diese aus dem Raum Zossen und Teupitz in Sachsen ein, nahmen Herrnsitze und Junkerhöfe aufs Korn, raubten diese aus und legten manches Feuer. Als der brandenburgische Kurfürst sächsischen Häschern erlaubte, in seinem Land nach Kohlhases Leuten zu suchen und diese

unterstützte, fielen Kohlhases kleine Scharen ab 1538 auch über Junkersitze in Brandenburg und im Erzbistum Magdeburg her. Eine Zielscheibe wurde auch der Hauptmann des Zossener Ländchens Eustachius von Schlieben, dessen Ländereien hauptsächlich in Nordsachsen lagen, der sich aber als brandenburgischer Staatsrat bei Verhandlungen mit Kohlhasen in Jüterbog 1535 und 1537 als doppelzüngig und hinterhältig erwiesen hatte. Die Streifzüge der Anhänger Kohlhases aus dem Berliner Raum nach Sachsen erfolgten hauptsächlich über drei Trassen, entlang derer viele Mitstreiter, Helfer Sympathisanten und Kundschafter lebten: Von Miersdorf über Zeesen und Schenkendorf nach Teupitz; von Waltersdorf und Selchow über Dahlewitz und Groß Machnow nach Zossen und Sperenberg sowie von Großbeeren, Blankenfelde und Trebbin in Richtung Luckenwalde und Treuenbrietzen.

Bei den Unternehmen Kohlhases ereignete es sich am 23. Juli 1538, dass einer seiner Trupps den Wittenberger Seidenhändler Georg Reiche, dessen Frau und Kutscher bei der Rückfahrt von der Messe in Frankfurt / Oder zwischen den Orten Seehausen und Zahna festsetzte. Reiche, aus der Berliner Patrizierfamilie Reiche stammend, deren anderer Zweig zu dieser Zeit (1536 – 1586) Lehnsherren von Rangsdorf waren, stand bei Sachsens Kurfürst Johann Friedrich in hoher Gunst, hatte aber auch über seinen Schwager Johann Weinleb, der in Berlin Sekretär von Kurfürst Joachim II. und bald darauf dessen Staatskanzler war, weitreichende Beziehungen. Reiches Frau durfte nach Wittenberg weiterreisen, um dort ein Handschreiben Kohlhases zu übergeben, in dem dieser erneut Gerechtigkeit für seine Sache und Wiedergutmachungen forderte. Anfang August wurde Reiche von Kohlhases Mannen nach Wernsdorf und von dort auf das Schmöckwitzer Werder gebracht, wo es allerdings den auf die Kopfprämie für Kohlhasen bedachten Junkern Christoph und Wolf von Birkholz und Jakob von Bredow mit einem Trupp Landsknechte gelang, Georg Reiche zu befreien und seinen Bewacher aus Kohlhases Schar, den Ackerknecht Stefan Meiß, gefangen zu nehmen. Meiß wurde nach Storkow gebracht, dort gefoltert und am 20. September 1538 erschlagen.

In den Strudel des Geschehens, das Kurfürsten, deren Justiz und Exekutive sechs Jahre lang in große Aufregung versetzte, gerieten auch einige treue

Anhänger Kohlhases in Groß Machnow sowie die Stadt Mittenwalde. Spätestens im Jahre 1536 fand der Berliner Schmied Georg Nagelschmidt in der Schmiede Groß Machnows eine Anstellung. Vorher stand Nagelschmidt im Dienste des bereits protestantischen Königs Christian von Dänemark. Dieser hatte seine Schwester Elisabeth, die Frau des brandenburgischen Kurfürsten Joachim II., schon 1527 zum Übertritt zum evangelischen Glauben beeinflusst und damit einen großen Konflikt im Herrscherhaus ausgelöst. Gemeinsam mit dem Pfarrer von Groß Machnow, der schon vor der offiziellen Einführung der Reformation evangelisch-lutherisch gesinnt war, nahm Nagelschmidt Kontakt zu Kohlhase auf, schloss sich ihm an und wurde bald zu einem der Führer von Kohlhases Scharen. Als er später verhaftet wurde warfen ihm die Untersuchungsrichter als einen Anklagepunkt vor, Mitstreiter für Kohlhase angeworben zu haben. Einer der Angeworbenen war Jakob Tylicke, Stallknecht und Tagelöhner in Groß Machnow, bald durch Fürsprache Nagelschmidts auch in der Schmiede tätig. Ende Juli 1539 wurde der erst 20jährige Tylicke als Gefolgsmann Kohlhases verhaftet, in Ketten gelegt und Anfang August auf dem Schafott hingerichtet.

Ein anderes führendes Mitglied von Kohlhasens Schar, Paul Stolz, geriet im April 1539 in Mittenwalde in die Fänge kursächsischer Häscher. Stolz war der Sohn des Pfarrers von Friedersdorf, der zu den ersten in Brandenburg gehörte, die schon vor 1539 in deutsch predigten und das Evangelium im lutherischen Sinne verkündeten. Viele Anhänger Kohlhases und Freunde von Stolz in Mittenwalde bedrängten den Stadtrat, der angesichts der allgemeinen Stimmung zwei Monate lang ein Verhör des Stolz durch die sächsischen Schergen nicht zuließ und seine Auslieferung nach Sachsen ablehnte. Erst als Joachim II. auf Drängen Johann Friedrichs von Sachsen das Verhör durch inzwischen in Mittenwalde eingetroffene kursächsische Gerichtsherren und Henkersknechte befahl und ein Befreiungsversuch von Anhängern Kohlhases gescheitert war, wurde Stolz „verhört“. Die Gerichtsakten vermerken, dass gegen ihn in Mittenwalde die Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. vom Jahre 1532 angewandt, er „mit Zangen gezwickt und gebrannt, gestreckt und eingeschraubt“ wurde. Am 13. Juni 1539 wurde der halbtote Stolz auf dem Marktplatz von Mittenwalde hingerichtet. Dabei kam es zu einem in der

Geschichte der Stadt noch nie dagewesenen Aufruhr des einfachen Stadtvolks, zu dem auch der protestantische Geistliche hielt. Ruhe kehrte erst ein, als die Söldner beider Kurfürsten aus ihren Hakenbüchsen in die Menge schossen.

Die kurfürstlichen Behörden gerieten angesichts dessen in große Sorge. In einer amtlichen Mitteilung findet sich der Satz, es sei die Stimmung „für Den Kohlhasen eine gewaltige in der Mark“. Nunmehr gingen Gerichte und Schergen schnell und unerbittlich gegen ihn und seine Anhänger vor. Noch bot ihnen Teupitz Schutz und Unterschlupf, in Beelitz weigerten sich die Richter gegen den dort einsitzenden Erxleben, einen niedrigen Adligen und Helfer Kohlhases den Prozess zu eröffnen. Trebbins Amtmann Dietrich Flannß wurde beschuldigt, Kohlhases Mannen Vorschub zu leisten. Anfang des Jahres 1540 befanden sich Kohlhasen und Nagelschmidt mit einer kleinen Anhängerschar östlich von Potsdam, wo sie bei einer Furt und Brücke auf der Straße nach Teltow ein Fuhrwerk mit dem kurfürstlichen Faktor Konrad Dretzieher stoppten, das mit einer Ladung Silberbarren für den Hof nach Berlin unterwegs war. Ohne den Schatz beauftragen sie Dretzieher, dem Kurfürsten zu übermitteln, er müsse die gemeinsam mit Sachsen gegen Kohlhasen laufende Strafexpedition einstellen, wenn er das Geld wiederhaben wolle. Der Kurfürst beugt sich dem nicht und Kohlhasen ließ der Legende nach das Silber im Teltow-Fließ, dem späteren Teltowkanal, versenken. Bis heute hat ein kleiner Ortsteil an der Potsdamer Parforceheide unweit des Griebnitzsees am Teltowkanal den Namen Kohlhasenbrück, jedoch ist unklar, ob dieser Name tatsächlich etwas mit den damaligen Vorgängen zu tun hat.

Die kurfürstlichen Verfolger verstärkten nach dem Verlust des Silbers ihr Vorgehen gegen Kohlhases Trupp. Überliefert sind die Namen von 30 im Jahre 1539 hingerichteten Anhängern Kohlhases; Martin Luther nennt in einem Brief an Melanchthon vom 5. März 1540 mehr als 40. Die Untersuchungsakten führen mehr als 300 Personen namentlich auf, die als Mittäter angeklagt und zu Gefängnis oder anderen Strafen verurteilt wurden. Die soziale Basis der Bewegung wird erkennbar, weil die Akten als bekannte Teilnehmer etwa 100 Handwerker, Gesellen und Plebejer, 70 Geistliche, 60 Bauern, Tagelöhner und Knechte, 20 Ratsherren sowie Müller, Händler, bürgerliche Gewerbetreibende,

Rechtsbeistände, Dorfschulzen, örtliche Richter und einige Angehörige des niederen Adels benennen.

Offensicht fiel Kohlhasse auf einen Lockspitzel des Kurfürsten herein, der ihm Verhandlungen in Berlin in Aussicht stellte. Mit wenigen Anhängern, darunter Nagelschmidt, kam er nach Berlin, wo der Kurfürst die Stadttore schließen, das Standrecht verkünden und Haus für Haus durchsuchen ließ. Zuerst spürten die Häscher Nagelschmidt bei dem Ehepaar Putlitz auf, das wenige Tage später auf dem Neuen Markt geköpft wurde. Ende Februar 1540 wurde Kohlhasse mit seiner schwangeren Frau, die wenige Tage später ein totes Zwillingsspärgchen gebar, bei dem Küster der Nikolaikirche Thomas Meißner in der Probststraße 15 entdeckt. Kohlhasse und Meißner kamen ebenso wie Nagelschmidt in das feuchte Turmverließ des Berliner Rathauses. Nach Verhören mit qualvoller Folter fand am 22. März 1540 vor einer großen Volksmenge der öffentliche Prozess gegen die drei Angeklagten vor der Gerichtslaube am Alten Berliner Rathaus an der Spandauer Straße statt. In seiner dreistündigen Verteidigungsrede, die in den Akten nicht aufgefunden werden konnte, aber von einem Zeitzeugen, dem Geschichtsschreiber und Schullektor Peter Hafftitz, etwa 50 Jahre später aufgeschrieben wurde, soll Kohlhasse sein Vorgehen gegen die Willkür der Junker als gerecht verteidigt haben. Noch am selben Tag wurden alle drei Angeklagten zum Tode verurteilt, auf den Richtplatz vor der Stadt geführt, etwa dort, wo heute der Strausberger Platz ist, jeder auf ein Rad geflochten und qualvoll getötet.

Zeitgenössische Berichte zeugen davon, dass Kohlhasse's Taten noch lange von vielen einfachen Menschen als gerechte Strafe für die Untaten der Herren angesehen wurden und sich viele von der Einführung der evangelischen Lehre in der Mark zu dieser Zeit den Beginn einer neuen Gerechtigkeit erhofften.

Dieses Streben spiegelte sich auch in einem von dem Sperenberger und späteren Stadtschreiber von Trebbin, Bartholomäus Krüger, im Jahre 1587 in Berlin gedruckten Volksbuch der Schwänke, Schelmenstreiche und Lügengeschichten des Hans Clauert wider. Wie sein zwischen 1300 und 1350 wirkendes Vorbild Till Eulenspiegel prangerte Clauert, der auch als „märkischer Eulenspiegel“ bezeichnet wird, die Schwächen, Borniert- und Verlogenheit der Herrschenden an, schilderte er aber auch die ganz alltäglichen

Zustände unter denen Städtebürger und Bauern lebten. Die gut drei Dutzend Streiche Clauerts, von denen sich viele im Raum Trebbin und Zossen abspielten, geben einen guten Einblick in das Leben der kleinen Städte und Dörfer in der zweiten Hälfte des 16. Jh. Ob nun dieses Volksbuch vom märkischen Eulenspiegel die Taten eines tatsächlich existierenden Trebbiners Clauert wiedergeben oder der Phantasie des Bartholomäus Krüger entsprungen sind, ist für das Nachempfinden des Lebens in jener Zeit unerheblich.

### **8. Der Dreißigjährige Krieg (1618-1648)**

Wie auch in den anderen norddeutschen Ländern führte die Reformation, die Trennung der evangelischen, lutherischen Kirche von der katholischen Kirche, zur Stärkung der Macht des Landesfürsten. Seitdem beruhte das evangelische Kirchenwesen auf der landesherrschaftlichen Gewalt, einem Konsistorium und der Pfarrgeistlichkeit. In Brandenburg hatte sich die Reformation verzögert. Erst 1539/40 wurde das Land durch den Übertritt von Kurfürst Joachim II. protestantisch. Allerdings schloss sich Kurfürst Johann Sigismund (1606-1619), vor allem aus erbrechtlichen und dynastischen Gründen, 1613 der reformierten, calvinischen Richtung (Augsburger Konfession) an. In der Mark trat an die Stelle des katholischen Bischofs von Brandenburg und des Abts von Lehnin der Kurfürst. Das Eigentum der Kirche, einschließlich der Klöster, wurde zugunsten des Landesherrn eingezogen, in manchen Fällen wurde auch die neue evangelisch-lutherische Kirche mit den Klöstern und ihren Wirtschaften belehnt. In den Jahren 1539/40 wurde in den meisten Orten des Teltow, auch in Rangsdorf, Groß Machnow, Klein Kienitz und Dahlewitz die evangelische Konfession eingeführt. Der Propst von Mittenwalde, der bis dahin die geistliche Gerichtsbarkeit über den Teltow, das Schenken- und das Zossener Ländchen ausgeübt hatte, musste diese 1543 an das Konsistorium in Berlin abgeben.

Die Reformation löste keineswegs die großen politischen und sozialen Probleme der Zeit. Der Kaiser und die katholische Kirche versuchten mit einer Gegenrevolution, die 1546/47 zum Schmalkaldischen Krieg führte, die abtrünnigen Länder zurückzugewinnen. Im religiös nunmehr zweigeteilten Deutschland bahnte sich ein neuer Konflikt an, der auch nicht verhindert wurde, als der

Reichstags in Augsburg im September 1555 einen „Religionsfrieden“ verkündete, der die Gleichberechtigung der evangelischen Religion anerkannte. Um 1608/09 standen sich zwei mächtige Blöcke gegenüber: Die katholische „Liga“ und die protestantische „Union“, zu der auch das Kurfürstentum Brandenburg gehörte. Während sich die Liga auf den Kaiser und die katholischen Teile des Reiches, Frankreich und andere katholische Staaten stützte, fand die Union bei den damals mächtigen protestantischen dänischen und schwedischen Ostseereichen sowie den zu dieser Zeit um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Niederlanden Unterstützung. Alle sozialen und religiösen Konflikte in Deutschland und Europa führten zum Dreißigjährigen Krieg, der bis zu den beiden Weltkriegen des 20. Jh. in Europa die verheerendste militärische Auseinandersetzung blieb.

In den acht Jahrzehnten zwischen der Einführung der Reformation und dem Krieg veränderte sich sowohl das europäische Gewicht Brandenburgs als auch seine innere Lage. Infolge des Aussterbens verwandter Hohenzollerndynastien erbe Brandenburgs Kurfürst Ansprüche auf das Fürstentum Jägerndorf in Schlesien, das Land Preußen des Deutschen Ritterordens sowie die sechs am Rhein, der Lippe und der Ruhr gelegenen Ländereien Jülich, Cleve, Berg, Mark, Ravensberg und Ravenstein. Dieser Gebiets- und Machtzuwachs des brandenburgischen Kurfürsten erhob ihn über andere deutsche Fürsten und führte zum Beginn einer selbständigen europäischen Politik des Berliner Herrscherhauses. Zwischen 1609 und 1614 führte Kurfürst Johann Sigismund (1609-1619) mit Unterstützung Englands, Frankreichs und der Niederlande um das Rheinische Gebiet gegen die kaiserlichen Truppen Krieg, durch den er dauerhaft Cleve und Mark an Brandenburg binden konnte. Für diesen Krieg ließ er sich nicht nur beim dänischen König 200 000 Taler sondern ließ sich auch neue Steuern von den märkischen Ständen bewilligen. Diese rangen ihm dafür das Versprechen ab, in der Mark keinen „Fremden“, d.h. auch keinen Adligen oder Bürgerlichen aus den neuen Gebieten des Kurfürstentums im Brandenburger Stammland als Rittergutsbesitzer, Stiftsherren, Domänenverwalter usw. einzusetzen. Als Johann Sigismund 1613 zur calvinischen Konfession übertrat, kam es zu großen Differenzen zwischen den Lutheranern und dem Kurfürsten, die noch andauerten, als der große Krieg ausbrach.

Für seine auswärtigen Angelegenheiten brauchte der Kurfürst Geld und Truppen, aber beides mussten die Stände des Landtags bewilligen. Unter dem Kurfürsten Joachim Friedrich (1598-1608) übernahmen diese 1601 die Kosten dafür und die Schulden des Hofs von 600 000 Talern nur, nachdem ihnen die gutsherrschaftlichen Rechte gegenüber den Untertanen bestätigt wurden, die sie im Jahrhundert davor erlangt hatten. Hinzu kam als neue Abgabe der gutsuntertänigen Bauern ein Beitrag zur Aussteuer der Gutsherren sowie ihrer Töchter bei der Hochzeit. Alle diese Umstände, vor allem die im ganzen 16. Jh. erhöhten Belastungen der Bauern und Städtebürger prägten auch die Entwicklung in Rangsdorf und Groß Machnow sowie ihren Nachbargemeinden.

In **Rangsdorf** wechselten im Jahrhundert vor dem Krieg erneut die Lehnsherren. Kammerrat Dr. Johann Köppen, einer Berliner Juristenfamilie entstammend, die im kurfürstlichen Dienst zu Geld und Würde gekommen war, kaufte im Jahre 1586 den Ort von Henning Reiche. Die Familie Köppen erwarb zu dieser Zeit auch das Rittergut Klein Kienitz. Aber schon 1617 hieß der neue Lehnsherr von Rangsdorf Hans Georg von Kahlenberg, von dem der Landreiter 1610 berichtet, dass er als Rittergutsbesitzer in Schulzendorf lebte. Im Jahre 1624 wurde vermeldet, dass es in Rangsdorf 9 Hufner, 10 Kossäten einschließlich des Schmieds, einen Müller und einen Hirten gab. Nach Angaben aus dem Jahre 1617 waren 8 Hufen „frey gelassen“. Die Bauern mussten der Herrschaft an gewissen Tagen dienen. Im gleichen Jahr mussten 5 Hufner, die zusammen 16 Hufen Land besaßen, Pacht, Zins und Zehnt, von jedem Hofe ein Rauchhuhn (junge, geräucherte Tiere) und von jeder Hufe ein Zinshuhn entrichten. Der Krüger hatte einen Zapfenzins zu zahlen. Auf 4 Kossäten entfielen Bede, Kahnzins und Zehnt sowie die Abgabe von Rauch- und Zinshühnern.

Klein Kienitz und Pramsdorf gehörten den in Rangsdorf herrschenden Köppen. Pramsdorf kam ab 1626 unter die Herrschaft der von Otterstedt.

Unter der in **Groß Machnow** bis in den Dreißigjährigen Krieg andauernden Herrschaft der Familie Flanß, die das Ober- und Niedergericht, Kirchlehen und Rechte auf viele Dienste besaß, erfolgte eine Umstrukturierung des Dorfes. Dadurch gab es schon im Jahre 1599 zwei Wohnhöfe mit zwei Ackerwerken.

Nach dem Kataster von 1624 gehörten Henning und Curt Flanß 2 Höfe mit 4 Hufen und dem Hans Flanß ein Hof mit fünf Hufen und weitere 4 Hufen, die „freygewilligt“, d.h. steuerfrei waren. Weiter gab es 50 abgabepflichtige Hufen, 21 Hufner, 32 Kossäten, 2 Windmühlen und eine Schäferei. Gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges endete die Herrschaft der Flanß. Der Kurfürst bestätigte 1643 Conrad Alexander Magnus von Burgsdorff, auch Borgsdorf (1595-1652), den Besitz des Rittersitzes und aller „Gerechtigkeiten“. Burgsdorff war einer der 23 Obristen, die im Auftrage des Kaisers und des Kurfürsten 1637/38 mit dem Geld des Kaisers eine Armee von 25 000 Mann zur Vertreibung der Schweden anwerben sollten. Am Ende gab es aber nur 5000 bis 6000 Mann, jedoch hatten die Obristen das Geld für die fünffache Anzahl erhalten. Nach den Worten des konservativen preußischen Historikers Johann Gustav Droysen (1808-1894) leisteten sich diese 23 Obristen, „fast durchgehend Brandenburger und preußische Edelleute, Unglaubliches in Betrügerei und Gaunerei bei der Werbung. Freilich noch ärger verstanden sie zu prellen und Gewinn zu machen, nachdem sie ihre Kompanien und Regimenter bei einander hatten.“ Sie ließen sich für die Soll-Stärke das Geld für Verpflegung und Sold anweisen, gaben den Betrag für die Differenz zur Ist-Stärke aber nie zurück. Neben vielen anderen Obristen nannte Droysen auch Conrad von Burgsdorff, der „statt 2400 Mann nicht ganz 600“ besaß. Eine zeitlang war Burgsdorff auch persönlicher Ratgeber und Kammerherr des Kurfürsten in Sachen stehendes Heer und Außenpolitik. Als 1651 der Einmarsch in das geerbte Herzogtum Berg misslang, zu dem Burgsdorff geraten hatte, wurde er ein Jahr vor seinem Tode vom Kurfürsten entlassen.

Obwohl Brandenburg anfangs noch gar nicht kriegführende Macht war durchzogen vielerlei Söldnertruppen das Land. Schon für 1620 wird berichtet, dass in England angeworbene Hilfstruppen für die Böhmisches Stände sich beim Rückmarsch aus Böhmen in der Herrschaft Zossen, in Schöneberg, Tempelhof und Britz aufhielten. Als ihr Sold ausblieb, plünderten sie die bäuerliche und städtische Bevölkerung aus. Die Folge des Krieges in den märkischen Landesteilen war, dass Lebensmittel knapp und sehr teuer wurden. Hinzu kam, dass die Fürsten, auch der brandenburgische Kurfürst, begannen, minderwertiges Geld auszugeben, z.B. im Silberbad geweißte Kupfergroschen.

Vom Jahre 1627 an wurde die Mark, auch das Zossener Ländchen, zum Kriegsgebiet. Die Hohenzollern, zu dieser Zeit auf der Seite des Kaisers, gewährten dessen Truppen unter dem General Albrecht Wallenstein, Herzog von Friedland, der im April 1626 an der Elbe bei Dessau die Truppen der Protestanten geschlagen, die dänischen Heere vertrieben und 1627 Jütland besetzt hatte, in den Jahren 1627 bis 1629 in Brandenburg Quartier. Zum kaiserlichen Heer gehörten auch die Truppen des Feldherrn der katholischen Liga Johann Tilly, der 1620 in der Schlacht am Weißen Berg bei Prag die aufständischen Böhmen geschlagen hatte. Truppenteile dieser „verbündeten“ kaiserlichen Heere hielten sich mehr als drei Jahre in der Herrschaft Zossen und - zumindest im Jahre 1628 - in Mittenwalde auf.

Die Leistungen und Abgaben der Bauern und Städter für die Kaiserlichen waren sehr drückend. Die Schulzen von 12 Dörfern, darunter Lichtenrade und Ragow, wandten sich an den Kurfürsten und klagten ihm ihr Leid. Sie schrieben, dass die Soldaten täglich Essen, Bier und Wein, für jedes Pferd täglich einen Scheffel Korn sowie Geld für Branntwein und den Hufschlag verlangten. Wörtlich hieß es: „Was sie an Speisen nicht können aufessen und am Korn verfüttern können, müssen wir ihnen mit unsern eignen Pferden noch dazu wegführen.“ Die fremden Heere würden ihre Dörfer „vollend verderben helfen, darüber wir wohl gar müssen davonlaufen, dieweil in Scheunen, Boden und Kasten nichts vorhanden, davon wir unseren Hunger stillen möchten“.

Bald kam es im Teltow noch schlimmer. Schwedische Heere unter König Gustav Adolf landeten zur Unterstützung der Protestanten 1630 in Usedom und Pommern. Bald darauf wurde die Mark zum Kampfgebiet. Noch zu der Zeit, als die Truppen von Tilly 1631 im Zossener Gebiet standen rückten die Schweden hierher vor. Kämpfend zog sich Tillys Heer zurück, erlitt am 17. September bei Leipzig eine schwere Niederlage, wurde im April 1632 erneut geschlagen und Tilly erlag bald einer schweren Verwundung. Am 6. November siegten die Schweden abermals, jedoch fiel in der Schlacht bei Lützen König Gustav Adolf. Im Brandenburger Land wurde weitergekämpft, 1634 Frankfurt/Oder belagert. Ein Friedensschluss in Prag im Jahre 1635, dem sich auch Brandenburg anschloss, blieb unwirksam. Die Schweden, deren Truppen

Norddeutschland fest im Griff hatten, missbilligten Brandenburgs Beitritt zum Prager Frieden und behandelten die Mark als Feindesland.

Für das schon schwer geprüfte Land begann mit den letzten zwölf Kriegsjahren die Zeit, die ihm die größten Opfer abverlangte. Die schwedischen Generäle Baner, Jens und Wrangel belegten 1636 den Teltow mit „Brandschatzung“, von der die Söldnertruppen in schwedischem Dienst ausgiebig Gebrauch machten. Nach dem Grundsatz „der Krieg ernährt den Krieg“ wurde das Letzte aus den Dörfern und Städten herausgeholt, wurden die noch vorhandenen Bewohner als Söldner angeworben, zu Hilfsdiensten gezwungen, drangsaliert, die Frauen und Mädchen missbraucht. Als 1637 die Truppen des deutschen Kaisers, mit dem der brandenburger Kurfürst wieder verbündet war, in der Mark gegen die schwedischen Söldner zog, ging es den Ortsansässigen unter den „Befreiern“ keineswegs besser. Gestützt auf zeitgenössische Berichte schreibt der Historiker Spatz: „Um Pfingsten 1637 drangen die Belagerer ein, ermordeten den Propst in Mittenwalde und den Pfarrer in Ahrensdorf, erschlugen und peinigten viele Personen, steckten Städte und Dörfer in Brand, richteten weit über 100 000 Taler Schaden an und tyrannisierten so, dass kein einziger Mensch umf Kreis hatte bleiben können.“ Im Jahre 1638 hausten Söldnertruppen des kaiserlichen Kommissars General-Wachtmeister Bredow längere Zeit im Teltow. Sie requirierten 1000 Ochsen und ließen 200 Wagen mit Lebensmitteln, Gütern und Waffen wegschaffen. Nach einer damaligen Aufstellung mussten allein in den Jahren 1636-1638 im Teltow an „Brandschatzung“ und anderen Kriegslasten 129 292 Taler sowie 1169 Wispel und 19 Scheffel Getreide im Werte von 28 075 Talern aufgebracht werden. Die Stadt Mittenwalde bezifferte ihre Verluste durch Plünderungen im Jahre 1637 auf 1 500 Rinder, 700 Schafe und 1 200 Tonnen Bier. Etwa 130 Mann kaiserlicher und brandenburgischer Truppen unter dem Kommandanten Sandmeyer verteidigten Zossen, als dieses 1641 von 2000 schwedischen Söldnern, 1500 Reitern und 8 Kanonen unter General Stalhans belagert wurde. Zossen wurde von der Artillerie zusammengeschoßen und nach der Einnahme ließ der schwedische General den Burgturm sprengen, Wälle, Gräben und Befestigungsanlagen schleifen. Danach blieb die Stadt monatelang besetzt. Bei Kriegsende zählte man in Zossen nur noch 58 Bürger

und Hausväter, 70 männliche Einwohner ab 15 Jahre, einschließlich der Knechte. Nach damaliger Sitte erfasste man nur männliche Personen ab 15 Jahre, zumeist nur die Bürger. Knechte, Frauen und Mädchen blieben fast immer unberücksichtigt. Im Jahre 1644 traf es nochmals Groß Machnow hart, als kaiserliche Truppen unter ihrem Befehlshaber Matthias Graf von Gallas, der daran beteiligt war, die Ermordung Wallensteins im Jahre 1634 vorzubereiten, durch den Ort zogen, ihn ausplünderten und brandschatzten.

Als 1648 endlich das Kriegsende kam, war die Mark Brandenburg ein verwüstetes Gebiet. Im Jahre 1652 schickte der Kurfürst, dies war seit 1640 Friedrich Wilhelm, der bis 1688 regierte und später den Beinamen der „Große Kurfürst“ erhielt, Landreiter (die eigentlich eine Art kurfürstlicher Polizei waren) aus, um festzustellen, wie es in seinen Landen aussah und wie viele Untertanen noch vorhanden waren. Verglichen mit Zahlenangaben aus dem Jahre 1624 ergibt sich eine erschreckende Bilanz.

Für **Rangsdorf** und die umliegenden Orte sieht diese so aus: 1624 hatten in Rangsdorf noch 7 Hufner-, 10 Kossäten- und je 1 Schmieds- und Hirtenfamilie gelebt. Zwei weitere früher existierende Hufnerstellen mit 8 Hufen waren „freigewilligt“, d.h. in den Besitz der Herrschaft übergegangen. 1652 wurden als einzige alteingesessene Familien die des Hufners „Gurge Falcke“ sowie der Kossäten Henning und Zudenick (später wohl Ziedrich) registriert. Als neu angesiedelte Bauern vermerkte man den „Schulzen Dewiß“, der aus Mecklenburg stammte, zu einer schwedischen Söldnertruppe gehört hatte und hier geblieben war. Ungewiss bleibt, ob dies der in anderen Quellen als „Droise“ oder „Droiss“ genannte ist. Zugezogen waren Hans Leiwicke (Lieke ?) aus „Brausendorff“ (Brusendorf) und Andreaß Kuhlmeß (Kuhlweg) aus Klein Kienitz. Außerdem gab es acht namentlich nicht bekannte Kossätenfamilien, die allesamt erst bei oder nach Kriegsende in Rangsdorf ansässig wurden.

Die Kriegsbilanz für die umliegenden Orte fällt nicht weniger schlimm aus. Danach lebte von den nach der Zählung vom Jahre 1624 in Dahlewitz noch vorhandenen 10 Hufnern, 3 Kossäten, einem Schmied und einem Schäfer im Jahre 1652 nur noch eine Bauernfamilie. Ebenso sah die Bilanz in der Umgebung aus. In Klein Kienitz überlebten 3 Bauern und 1 Kossät, in Jühnsdorf 6 Hufner und 2 Kossäten. Für Pramsdorf, wo es vor dem Kriege

6 Hufner-, 3 Kossätenfamilien und die eines Hirten gab, vermerkte der Landreiter 1652 kurz und bündig: „Ist kein Pauer und Kossäth dorinnen“.

Von **Groß Machnow** wird berichtet, 1624 habe es 21 Hufner und 32 Kossäten gegeben. Ob in diesen Zahlen die Bewohner der drei, den Lehnsherren Flanß gehörenden Höfe mit 13 Hufen enthalten sind, ist unklar. Der Bericht von 1652 stellt fest, es hätten 6 Bauern und 18 Kossäten überlebt, 15 Hufner- und 14 Kossätenstellen seien „wüst“. Als Gesamtbilanz des Krieges gibt Spatz für den Teltow an, dass von 1175 Bauern nur 334 überlebt hätten und von 720 Kossäten nur 300. Wahrscheinlich handelt es sich bei den Zahlenangaben um Familien.

Im Gegensatz zur Mark waren die Residenzstädte Cölln und Berlin glimpflicher davongekommen. Am meisten litten sie unter dem „schwarzen Tod“, der Pest, die von den Söldnern und wohl auch den Flüchtlingen aus dem Umland eingeschleppt wurde. Bei Kriegsende hatte Cölln/Berlin noch etwa 10 000 Einwohner gegenüber 12 000 bei Kriegsbeginn; die Anzahl der Feuerstellen (Häuser) war von 1236 vor dem Kriege auf 999 zurückgegangen; in Potsdam von 197 auf 85, in Frankfurt/Oder von 1029 auf 409.

Wenige Jahre nach dem Dreißigjährigen Krieg war Paul Gerhardt, der Dichter von Kirchenliedern und entschiedene Vertreter des lutherischen Protestantismus von Ende 1651 bis 1657 Propst (Archidiakon) in Mittenwalde (vorher und von 1657-1666 an der Nikolaikirche in Berlin). Die Greuel des Krieges beeinflussten seine Schöpfungen - häufig zusammen mit Johann Crüger - wie beispielsweise sein „Danklied für die Verkündung des Friedens“:

Gott Lob! Nun ist erschollen	Und Städte voller Schutt und Stein,
Das edle Fried- und Freudenwort,	Ihr vormals schönen Felder
Dass nunmehr ruhen sollen	Mit frischer Saat bestreut,
Die Spieß und Schwerter und ihr Mord...	Itzt aber lauter Wälder
Sei tausendmal willkommen,	Und dürre wüste Heid;
Du teure werte Friedensgab! ...	Ihr Gräber voller Leichen
Das drückt uns niemand besser	Und blutgen Heldenschweiß,
In unser Seel und Herz hinein	Der Helden, derengleichen
Als ihr zerstörten Schlösser	Auf Erden man nicht weiß.

Ach, lass dich doch erwecken,  
Wach auf, wach auf, du harte Welt  
Eh als das harte Schrecken  
Dich schnell und plötzlich überfällt!

## **9. Brandenburg wird Zentralprovinz des Königreichs Preußen (1649-1701)**

Am Ende des Dreißigjährigen Krieges hatte Brandenburg einerseits große Zerstörungen und Bevölkerungsverluste zu beklagen, andererseits gewann es durch den Westfälischen Frieden von 1648 etwa 30 000 km<sup>2</sup> hinzu, sodass es, zwar nicht zusammenhängend, vom Rhein bis zum Pregel über 111 000 km<sup>2</sup> Land verfügte, in dem 11 Menschen auf einem km<sup>2</sup> lebten. Brandenburg bekam Hinterpommern mit Kammin, sowie die Stifte Halberstadt und Minden, ein Anrecht auf das Erzbistum Magdeburg wurde anerkannt und dieses 1680 Kur Brandenburg einverleibt. An den Kämpfen und Kriegen um die Herrschaft an der Ostsee und die Vormacht in Europa - am schwedisch-polnischen (1665-1660) und französisch-niederländischen Krieg (1672-1678) war Brandenburg auch militärisch beteiligt. Als Teil des Letzteren kam es 1674-1679 zum brandenburgisch schwedischen Krieg. Vorrangig ging es für Brandenburg um die „pommersche Frage“, d.h. um den Besitz Vorpommerns, um die souveräne Herrschaft des Kurfürsten in Preußen und in den Gebieten am Rhein.

Während des brandenburgisch-schwedischen Krieges kam es zu einer für den Kurfürsten siegreichen Schlacht, die seinen Ruhm begründete und ihm den Beinamen der „Große“ brachte. Schwedische Truppen waren 1674 in das mit den Niederlanden verbündete Brandenburg eingefallen, plünderten die Uckermark, die Neumark und Hinterpommern aus und rückten 1675 in die Mittelmark vor. In einer Schlacht südöstlich von Fehrbellin, besiegten 5 700 Brandenburger die 11 000 Mann starke schwedische Armee und entschieden dadurch den Krieg.

Diese Konflikte beherrschten bis zum Tode des Großen Kurfürsten im Jahre 1688 die Außenpolitik. Wesentlich beeinflussten sie die Innenpolitik,

weil der Kampf um die Erhaltung und Vergrößerung des Staats ein großes ständiges kurfürstliches Heer voraussetzte, das jedoch riesige Geldsummen verschlang. Brandenburg wurde schrittweise unter dem Großen Kurfürsten und seinem Sohn, Friedrich III., der sich nach der Krönung in Königsberg am 18. Januar 1701 Friedrich I., König in Preußen, nannte und bis Anfang 1713 regierte, eine europäische Macht.

Der äußere Aufstieg des Herrscherhauses der Hohenzollern wirkte sich in Brandenburg erst allmählich aus. Das Heilen der Wunden des Dreißigjährigen Krieges erfolgte sehr langsam. Die industrielle Entwicklung blieb weiter hinter anderen Gebieten Deutschlands zurück. Die Entwicklung der Wirtschaft des Landes brachte die von 1663 bis 1669 erfolgte Errichtung des Oder-Spree-Kanals (zuerst als „Neuer Graben“, später als „Friedrich-Wilhelm-Kanal“ bezeichnet) voran. Dadurch wurde eine direkte Verbindung zwischen der Oder und der Spree hergestellt, der durchgängige Verkehr von Breslau über Berlin nach Hamburg geleitet. Die Position Berlins wurde gestärkt, weil die meisten Schiffe aus technischen Gründen dort umgeladen werden mussten.

Infolge des Krieges fehlte es im Lande an Menschen, vor allem auch an relativ gebildeten. Das veranlasste den Kurfürsten und die oberste Behörde des Landes, den „Geheimen Rat“, die Zuwanderung zu fördern. Schon zwischen 1648 und 1650 erhielten vornehmlich bäuerlichen Familien aus Friesland und Südholland zu lukrativen Bedingungen Grund und Boden, wobei sie auch von den Frondiensten befreit waren, unter denen die eigenen Bauern litten. Folgen waren Abneigung und Feindlichkeit gegenüber den Fremden, die zumeist auch der calvinischen Konfession anhingen. Von 1661 an erließ der Kurfürst mehrere Edikte (Anordnungen) zur Förderung der Zuwanderung, darunter das „Edikt von Potsdam“ vom 8. November 1685, das die Privilegien für die aus Frankreich vertriebenen Hugenotten bei der Ansiedlung festschrieb. 1670 waren bereits die ersten Hugenotten zugewandert. 1671 erhielten 50 jüdische, aus Wien vertriebene Familien, die allerdings den Besitz von jeweils 10 000 Talern nachweisen mussten, die Zuzugserlaubnis. Um das Jahr 1700 gab es in Brandenburg etwa 2 500 Juden. Berlin und Frankfurt/Oder hatten die größten jüdischen Gemeinden.

Von den etwa 30 000 Hugenotten, die nach Deutschland kamen, siedelten in Brandenburg 10 000. Ab 1689 kamen Flüchtlinge aus der Pfalz und 1690 aus der Schweiz 2 000 Einwanderer. Die Zuwanderungspolitik erwies sich als großer Nutzen für das Land. Viele Einwanderer bekamen Häuser zugewiesen, die seit dem Krieg leer standen oder wiederaufgebaut werden mussten. Viele Neusiedler brachten Kenntnisse über fortschrittliche Methoden der Landbearbeitung und neue Erzeugnisse mit, so wurde zum Beispiel 1650 der erste Versuch unternommen, im Berliner Lustgarten Kartoffeln anzupflanzen. Handwerks- und Industrieunternehmen hatten es aber weiterhin sehr schwer. Es fehlte im Lande an Kapital, einschränkende Bestimmungen für die Ein- und Ausfuhr von Waren behinderten die Entwicklung. Die ersten Eisen- und Kupferhämmer in Eberswalde, Neustadt an der Dosse und die ersten Hochöfen in Peitz (1658) und Zehdenick (1664), wo eine „Munitionsanstalt“ angeschlossen war, erwiesen sich als technisch rückständig. Ab 1678 kamen zu den alteingesessenen Gewerben der Tuchmacherei und Bierbrauerei einige Wollmanufakturen und Webereien, Zuckersiedereien und Tabakspinnereien hinzu. Da sie alle zumeist im Vergleich zu ausländischen Produkten minderwertige Ware herstellten, blieben Produktion und Absatz gering. Die Getreideproduktion und der Holzeinschlag auf dem Lande blieben die größten Einnahmequellen der Brandenburger.

Allmähliche Fortschritte waren auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet in Berlin und den Universitätsstädten Frankfurt/Oder und Königsberg zu verzeichnen. Kurfürst Friedrich Wilhelm, der selbst in jungen Jahren in den Niederlanden gelebt hatte, besaß eine Vorstellung von der hohen Kultur in dem unabhängigen Staat. Er sah es gern, wenn brandenburgische Aristokraten und Studenten an den dortigen Hochschulen und Kunstakademien studierten. Schon 1650 berief der Kurfürst aus Holland den Baumeister Johann Gregor Memhardt und nach dessen Tode 1673 Johann Arnold Nering. Er ließ in Berlin ab 1650 die Festungswerke anlegen, das Schloss reparieren, den Lustgarten mit dem „Lusthaus“ (später Börse) anlegen, begann 1657 mit dem Ausbau von Potsdam, erweiterte 1660 Berlin um „Neukölln“ und den Friedrichswerder und begründete 1674 die Dorotheenstadt, nach der Frau des Großen Kurfürsten Dorothea benannt, die auch die erste Linde für die Straße

„Unter den Linden“ pflanzte. In Berlin entstand 1659 die erste Buchhandlung und der Kurfürst selbst legte den Grundstein für Sammlungen von Kunst- und Naturdenkmälern in der Kunst- und Naturalienkammer. Viele Baustoffe und Handwerker kamen für diese kurfürstlichen Vorhaben aus Brandenburg, sicher auch aus den zahlreichen Ton- und Kiesgruben sowie Ziegeleien des Teltow. Schließlich geschah viel, um die Stadt sauberer zu machen. So erging 1671 der Befehl, nach dem jeder Bauer der zu Markte komme, rückwärts eine Fuhre Kot mit sich nehmen solle. Noch im Todesjahr Friedrich Wilhelms wurde eine Ordnung erlassen, in der es hieß: „Wer aus Höfen und Ställen Unrat auf die Straße werfe, dem solle vom Gassenmeister er wieder ins Haus geworfen werden.“ Um den Schweinekot zu vermeiden, wurde deren Haltung in der Stadt verboten.

Schon unter seinem Sohn entstand auf der Basis der vorangegangenen kulturellen Entwicklung in Berlin 1696 eine Akademie der Künste und 1700 die Akademie (Societät) der Wissenschaften.

Von großer Bedeutung für das gesamte Land waren die Anfänge der Herausbildung einer einheitlichen Staatsverwaltung, die dem absolut herrschenden Kurfürsten unterstand. Von Anfang an beruhte der brandenburgisch-preußische Absolutismus auf dem stehenden Heer, das im Todesjahr Friedrich Wilhelms 30 000 Mann stark war. Es unterstand allein dem Herrscher, für seinen Unterhalt mussten jedoch von den Städtebürgern und dem Landvolk, in erster Linie den Bauern, jährlich 1,5 Millionen Taler aufgebracht werden. Die bis in den Dreißigjährigen Krieg andauernde Regelung, wonach die direkten Steuern, einschließlich der Kriegssteuern, zu halb und halb von Bauern und Städten zu tragen waren, wurde 1643 vom Landtag verändert, sodass die Städte sieben Zwölftel und das Land fünf Zwölftel zu tragen hatten. Dieses Verhältnis blieb für rund 200 Jahre bestehen. Eine Besonderheit Brandenburgs war es, dass seit dem Dreißigjährigen Krieg „Kriegskommissare“ für das Eintreiben der direkten Steuern zuständig waren, im Jahre 1674 eine Generalkriegskasse entstand, an die alle Steuerbelege aus dem ganzen Land zu übersenden waren. Dieser Behörde übertrug der Kurfürst die Aufsicht über Steuern, Finanzen und die Ausgaben für das Heer. Im Unterschied zu anderen deutschen Ländern, wie Sachsen und Bayern, oblagen

diese wichtigen Ressorts nicht einer zivilen sondern einer militärischen Behörde. Von 1701 an erhielten die Kriegskommissare die Amtsbezeichnung Landrat.

Den weitreichenden Verlust der Kompetenzen bei der Bewilligung von Steuern ließen sich Adel und Landtag mit der Anerkennung ihre Vorrechte gegenüber den Untertanen durch den Kurfürsten abgelten. Dem im August 1653 zusammengetretenen Landtag gegenüber bestätigte der Kurfürst alle Vorrechte der Junker und Städte. Ausdrücklich wurde die Leibeigenschaft der Bauern festgeschrieben und erklärt, dass jeder Rittergutsbesitzer und jeder Stadtrat das „selbtherrliche Gericht“ über seine Untertanen besitzt. Die Ritter wurden weiterhin von Steuern befreit, für ihre Häuser in den Städten brauchten sie keine kommunalen Steuern zu bezahlen. Ihre Möglichkeiten, ihren Grundbesitz durch den „Auskauf“ von Bauernland und das „Einziehen“ im Kriege „wüst“ gewordener Bauernstellen zu erweitern, wurden bestätigt.

Dieser Absolutismus brandenburgisch-preußischer Prägung, der einerseits die auf das Militär gestützte Alleinherrschaft des Landesherrn und andererseits die uneingeschränkte Macht des Adels über Bauern, Knechte und Mägde bedeutete, bestand noch ein Jahrhundert weiter und prägte das Leben in den Städten und Dörfern Brandenburgs nach dem Dreißigjährigen Krieg.

Das im Kriege arg betroffene **Rangsdorf** erwachte allmählich zu neuem Leben. Im Jahre 1660 wurde ein neues Müllerhaus, ein mit Rohr gedecktes Lehmfachwerkhaus, in der jetzigen Seebadallee gebaut, das erst 1968 als letztes Rangsdorfer Fachwerkhaus abgerissen wurde. Seit 1652 hatte der Ort als neuen Herrn einen Obristen Pfuhl. In den zeitgenössischen Dokumenten findet sich ein General Pfuhl als Herr in Buckow, der mit den v. Schlabrendorfs verwandt war. Ob dieser mit dem Rangsdorfer Pfuhl identisch oder welcher Art die familiären Beziehungen waren, ist nicht erforscht. Pfuhl hatte vermutlich ebenso wie der Obrist Burgsdorff, der 1643 Rittergutsbesitzer in Groß Machnow war, im Kriege ein Vermögen verdient und kaufte sich nun von dem in ständiger Geldnot befindlichen Kurfürsten für 27 000 Taler den Titel „Ritter“. Rangsdorf war nunmehr wie Groß Machnow ein „Rittergut“. Schon 1682 ging Rangsdorf für ein halbes Jahrhundert in den Besitz der im Teltow stark vertretenen Familie von Hake (auch Hacke) über.

Die Chronik von Berlin erwähnte schon 1448 einen Hofrichter Balthasar Hake. Ob die Herren der Hakeburg in Kleinmachnow und des Ortes, früher als „Machenow ufm Sande“ bezeichnet, dessen Nachkommen waren, ist nicht geklärt. Der Landreiter führte 1610 in einem Verzeichnis über den Besitzstand der Schlossherren, als „beschlosste vom Adel“, Daniel und Hans George Hacken an, denen neben Kleinmachnow auch Stahnsdorf, Sputendorf und Heinersdorf gehörten. Als „unbeschlosste von Adel“ wird als Besitzerin des Ritterguts Kiekebusch die Witwe Otto Hackens genannt. Schließlich wird ein Alexander Hacke als Mitbesitzer von Blankenfelde erwähnt. Dokumente des Jahres 1740 zählen auch Genshagen zum Besitz der von Hackes. Herr in Rangsdorf war zunächst Wolf Rudolph von Hake, dem 1713 sein Sohn Ernst Adam und nach seinem Tod 1728 dessen Sohn Major Ludwig von Hake folgte, der 1738 unverheiratet starb. Danach erbte die mit den von Hakes verbundene, ebenfalls in vielen Orten des Teltow vertretene Familie von Otterstedt das Rittergut Rangsdorf.

Von der Familie v. Burgsdorf erwarb das Rittergut **Groß Machnow** im Jahre 1691 „des Heiligen Römischen Reiches Freiherr“, General Otto von Schlabrendorf. Damit gelangte eine Persönlichkeit in den Besitz des Ortes, der europäische Geschichte um die Wende vom 17. zum 18. Jh. mitgestaltete. Otto von Schlabrendorf wurde am 20. Oktober 1650 in der Stadt Teltow geboren. Sein Vater, Joachim Ernst von Schlabrendorf, war Kurbrandenburgischer Kapitänleutnant und besaß als Erbherr Kleinglienicke und Ahrensdorf. Im Jahre 1610 wird Gröben als Wohnsitz Ernst v. Schlabrendorfs genannt und „halb Waßmannsdorf, Wendisch und Deutsch Gütkendorf“ als zu seinem Besitz gehörig. Auf der Grabtafel Otto v. Schlabrendorfs vom Jahre 1721 ist vermerkt, dass er neben Groß Machnow auch in Mahlow, Groß Kienitz und Funke-Mühle Besitz - „Dependenzen“ - hatte.

Otto von Schlabrendorf nahm als Leutnant an den Kämpfen um die rheinischen Besitzungen des Großen Kurfürsten gegen französische Truppen teil, war auch Teilnehmer der berühmt gewordenen Schlacht bei Fehrbellin (1675) und der sich anschließenden Kämpfe gegen schwedische Heere, so bei

der Eroberung Anklams (1676), vor Stettin und auf der Insel Rügen. Als ab 1683 die Heere des türkischen Sultans die Herrschaft des deutschen Kaisers in Ungarn und Niederösterreich bedrohten und Wien belagerten nahm er ab 1686 als Oberstleutnant eines 8 000 Mann starken Hilfskorps der Reichskreise an der dreimonatigen Belagerung der ungarischen Stadt Ofen im Sommer 1686 teil und wurde dort schwer verwundet. Nach der Genesung war er 1688-1690 erneut gegen Frankreich am Rhein und in Flandern eingesetzt. Ab 1691 war er mit den brandenburgischen Truppen wieder in Ungarn, nahm an der Schlacht bei Szalankamen teil, in der die Türken besiegt wurden und ihr Anführer der Großwesir Mustafa Köprülü fiel. Kurfürst Friedrich III. ernannte ihn 1691 zum Brigadier der Infanterie. 1693 erhielt er im Range eines General-Wachtmeisters den Oberbefehl über alle brandenburgischen Truppen in Ungarn, die 1693 an der Belagerung Belgrads beteiligt waren. Die Geschichtsschreibung hat überliefert, dass Prinz Eugen von Savoyen, der Oberste Feldmarschall des kaiserlichen Heeres, nach der Schlacht bei Belgrad, als er Otto von Schlabrendorfs ansichtig wurde, vom Pferde stieg und zu ihm vor versammelter Mannschaft sagte: „Lieber Herr General, Gott, Ihm und seiner angeführten Truppen Tapferkeit, haben wir diesen Sieg zu verdanken.“ Kaiser Leopold erhob Otto v. Schlabrendorf in Anerkennung seiner Leistungen in den Reichsfreiherrenstand. Schließlich nahm v. Schlabrendorf auch 1697 an der Schlacht bei der ungarischen Stadt Zenta teil, die den Krieg zugunsten des deutschen Kaisers entschied.

Nach dem Ende des Türkenkrieges kehrte er nach Brandenburg zurück und wurde 1699 Oberbefehlshaber des pommerschen Grenzschatzes gegen Polen und 1703 Gouverneur der Festung Küstrin. Im Jahre 1715 zum General der Infanterie ernannt, war seine letzte Funktion Kommandeur eines neu aufgestellten Regiments.

Otto v. Schlabrendorf starb am 18. Januar 1721 in Groß Machnow. Auf seinem Rittergut hat er sich nur in den letzten Lebensjahren längere Zeit aufgehalten. Die Zügel hatte dort seine Frau Agnesia Elisabeth, geborene von Arnim, verwitwete v. Katte zu Roskow, in der Hand, mit der er seit 1695 verheiratet war. Sie beaufsichtigte die umfangreichen von Otto v. Schlabrendorf gewünschten Arbeiten zur Renovierung der Kirche, wobei auch

der Turm neu aufgesetzt, die Kirchhofsmauer errichtet und das Innere reich verziert wurde. Viele aus dem Türkenkrieg mitgebrachte Trophäen sowie Waffen und persönliche Gegenstände v. Schlabrendorfs fanden dabei Verwendung. Ein figurenreiches Grabdenkmal an der Nordseite des Chores für Otto v. Schlabrendorf sowie die Gruftkapelle mit seinem Sarg geben der Kirche bis in die Gegenwart ihr besonderes Gepräge.

Da Otto v. Schlabrendorf kinderlos blieb, ging der Besitz von seiner Witwe an seinen Vetter Ewald Bogislaw v. Schlabrendorf über. Von diesem erwarb der preußische König Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, im Jahre 1725 Rittergut und Dorf Groß Machnow.

Damit brach für Groß Machnow, Dahlewitz, Rangsdorf und die umliegenden Orte eine neue Zeit an. Die folgenden 300 Jahren bis zum 3. Jahrtausend unserer Zeitrechnung brachten den Menschen in unserer Region, im Teltow, in Brandenburg und in Deutschland in rasendem Tempo sich bis heute fortsetzende gewaltige Entwicklungen in der Industrie und Landwirtschaft mit vielen guten, aber auch negativen Folgen. Neue Kriege, mehrfaches Eindringen feindlicher Truppen, System- und Regierungswechsel haben in jedem Ort und jeder Familie tiefe Spuren hinterlassen, über die im zweiten Teil dieses historischen Überblicks zu berichten sein wird.

## Literaturverweise

Arnim, Hermann Graf von, Märkischer Adel. Mit einer Einführung von Gerd Heinrich, Berlin 1989.

Assing, Helmut, Zur Entwicklung der bäuerlichen Abgaben in der Mark Brandenburg während des 14. Jahrhunderts. Untersucht in den Dörfern des Teltow (Mittelmark), in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 4 (1972), S. 240-258.

Bauer, Roland / Hühns, Erik u.a., Berlin. 800 Jahre Geschichte in Wort und Bild, Berlin 1980.

Codex diplomaticus Brandenburgensis (CDB). Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, hrsg. von Adolph Friedrich Riedel, 35 Bde., Berlin 1838-1869.

Diering, Norbert u.a., Amt Blankenfelde – Mahlow. Die Gemeinden im Wandel der Zeit, Horb am Neckar 1997.

Dietrich, Richard (Hrsg.), Berlin. Neun Kapitel seiner Geschichte, Berlin 1960.

Engel, Evamaria u. Gerhard, (Hrsg.), Hans Clauert, der märkische Eulenspiegel. Aufgeschrieben von Bartholomäus Krüger, Stadtschreiber zu Trebbin, Berlin 1587. Neu übertragen und herausgegeben, Berlin 1999.

Fidicin, Ernst, Die Territorien der Mark Brandenburg, 3 Bde., Berlin 1857-1860.

Fischer, Praktische Beyträge zur fernern Ausbildung des Lehrbegriffs für die Unter-Finanz-Ämter und deren Inspektions-Räthe. Erstes Stück, welches die ökonomisch-cameralistische Beschreibung der Mark-Brandenburgischen Städte Teltow, Zossen und Trebbin enthält, Frankfurt/Leipzig 1785.

Fritze, Wolfgang H., Das Vordringen deutscher Herrschaft im Teltow und Barnim, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte, Bd. 22 (1971), S. 81-154.

Groß Machnow. Ein Beitrag zur Ortsgeschichte. Hrsg. Gemeinde Groß Machnow, bearbeitet von Heidi Kansy, o.O. 2002

Hannemann, Adolf, Der Kreis Teltow – seine Geschichte und seine Verwaltung, seine Entwicklung und seine Einrichtungen, Berlin 1931.

Herrmann, Joachim, Germanen und Slawen in Mitteleuropa, Berlin 1984.

Herrmann, Joachim, Siedlung, Wirtschaft und gesellschaftliche Verhältnisse der slawischen Stämme zwischen Oder/Neiße und Elbe, Berlin 1968.

Herzfeld, Erika, Juden in Brandenburg-Preußen, Beiträge zu ihrer Geschichte im 17. und 18. Jahrhundert, Berlin 2001.

Hintze, Otto, Die Hohenzollern und ihr Werk. 300 Jahre vaterländischer Geschichte, 5. Aufl., Berlin 1915.

Historischer Atlas der Provinz Brandenburg, hrsg. von der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und Berlin, Berlin 1929-1939; Neue Folge: Berlin 1962.

Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil IV, bearb. von Lieselott Enders, Weimar 1976.

Hürlimann, Martin, Berlin, Berichte und Bilder, Berlin 1934.

Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, hrsg. v. Brandenburgischen Provinzialverband, Bd. 4,1: Kreis Teltow, Berlin 1941.

Lademann, Willi, Wörterbuch der Teltower Volkssprache, Berlin 1956.

Lademann, Willi, Oä unse Telsche Platt (Über unser Teltower Platt), in: Heimatkalender für den Kreis Zossen 1961, S. 122-128.

Das Landbuch der Mark Brandenburg von 1375, hrsg. von Johannes Schultze, Berlin 1940.

Materna, Ingo u.a., Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945, Berlin 1987.

Materna, Ingo u. Ribbe, Wolfgang, Geschichte in Daten. Brandenburg., Berlin 1995.

Materna, Ingo u. Ribbe, Wolfgang (Hrsg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995.

Mittenzwei, Ingrid u. Herzfeld, Erika, Brandenburg-Preußen 1648 – 1789. Das Zeitalter des Absolutismus in Text und Bild, Berlin 1988.

Mittenzwei, Ingrid, Hugenotten in Brandenburg-Preußen, Berlin 1987.

Neheimer, Kurt, Der Mann, der Michael Kohlhaas wurde, in: Wochenpost, Nr. 1 – 18, Berlin 1977.

Peters, Jan, 600 Jahre Blankenfelde Kreis Zossen, Zossen 1975

Schultze, Johannes, Die Mark Brandenburg, 5 Bde., Berlin 1961-1969.

Schlimpert, Gerhard, Die Ortsnamen des Teltow. Brandenburgisches Namenbuch, Teil 3, Weimar 1972.

Seidel, Vera / Koriath, Heinrich u.a., Dahlewitz in Wort und Bild, Dahlewitz 1996

Spatz, Willy, Der Teltow. Bilder aus der Vergangenheit des Kreises Teltow.

1. Teil: Von der ältesten Zeit bis zum Ende des großen Krieges, Berlin 1905.

2. Teil: Vom Ende des Dreißigjährigen Kriegs bis zum Jahre 1920, Berlin 1920.

3. Teil: Geschichte der Ortschaften des Kreises Teltow, Berlin 1912.

Die Teltowgraphie des Johann Christian Jeckel, bearbeitet und hrsg. von Gaby Huch. Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 86, Köln – Weimar – Wien 1993.

Wietstruk, Siegfried u.a., 600 Jahre Rangsdorf, Rangsdorf 1974.

Wietstruk, Siegfried, Rangsdorf in alten Ansichten, Zaltbommel / NL, Bd. 1; 1994; Bd. 2: 1995; Rangsdorf und Groß Machnow in alten Ansichten, Zaltbommel / NL 1996.

Für die Unterstützung durch Möglichkeiten zur Einsichtnahme in historische Literatur und ortsgeschichtliche Sammlungen sowie für kritische Ratschläge dankt der Autor Frau Prof. Dr. Evamaria Engel, Klausdorf, Frau Heidi Kansy, Groß Machnow und Herrn Tristan Köster, Rangsdorf.